

Und die Finanzkrise geht weiter

Der Lehman-Crash löste nach dem 15. September 2008 weltweit hektische Rettungsversuche der Finanzmärkte aus / Ein Krisen-Blog *

BERLIN – 15.9.2008 (pep/khd-research). Die von den USA verschuldete weltweite Finanzkrise erreichte heute einen neuen Höhepunkt. Die amerikanische Investment-Bank Lehman Brothers – ein sehr großer Kredit-Händler – ist total pleite [„L-Crash“]. Die Schulden sollen 613 Mrd. US-Dollar betragen. Auch die US-Investment-Bank Merrill Lynch ist de facto pleite, wurde aber kurzerhand von der Bank of America aufgekauft. Außerdem ist der weltgrößte Versicherer AIG (American International Group) so stark angeschlagen, daß er um Verstaatlichung nachsuchte. „The giants are falling“, heißt es an der Wall-Street.

Für alle Finanzmärkte werden nun starke Schockwellen erwartet, wobei steigende Zinsen und die zu erwartenden Kursabstürze an den Börsen vielleicht noch das kleinere Problem sein werden. Der US-Bankenmarkt sei durch das enorme Laisser-faire sowie dem Kriegsschuldenmachen der Bush-Regierung „total verformt“, urteilen Experten mit noch klarem Blick.

Bereits 12 US-Banken seien nun seit 2007 mit erheblichen Folgen für ihre Kunden in die Pleite gegangen und weitere werden wohl folgen – auch in Europa. Denn bei den globalisierten Finanzmärkten ist bereits vielfach die Vernetzung derart hoch, daß auch Banken in anderen Ländern in den Abgrund gezogen werden können. In Deutschland hat es bisher schon die SachsenLB und die IKB erwischt.

Es zeigt sich nun klar und deutlich, daß sich der götzenartige Glaube vieler Politiker allerorten an die positive Wirkung der Selbstregulierung der Finanzmärkte nicht mehr aufrechterhalten läßt. Soll nicht die gesamte Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen werden, muß jetzt schnellstens Schluß sein mit der wirren Deregulierung, die immer fragwürdigere Spekulations-Möglichkeiten wie beispielsweise die „Verbrie-fung von Schulden“ und andere Kredit-Derivate her-gebracht.

Finanzmärkte brauchen sehr strenge Spielregeln, um wirklich dem Wohle aller Menschen auf unserer Erde dienen zu können. Da ist eine der Lehren aus der Weltwirtschaftskrise von 1929. Wie konnte man das vergessen? [03]

1. Tag nach dem L-Crash

► 16.9.2008 (khd/info-radio). Die Leute bei der **staatlichen KfW-Bank** waren so dumm, noch am Schwarzen Montag (15.9.2008) der maroden US-Bank Lehman Brothers 300 Mio. Euro zu überweisen, obwohl im Internet und auch in Radio-Sendungen (Deutschland-Radio) bereits am Sonntag von der bevorstehenden Pleite dieser Investment-Bank berichtet wurde. Die Frage ist nun: Wieso hat die staatliche KfW überhaupt Geschäftsbeziehungen mit einer US-Spekulationsbank? [04]

2. Tag nach dem L-Crash

► 17.9.2008 (khd/hbl). Die Pleite von Lehman Brothers bringt den **Einlagensicherungsfonds** des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB) in Not. Die deutsche Tochter der US-Bank Lehman Brothers sei dem Fonds mit einer Deckungssumme von bis zu 6 Mrd. Euro angeschlossen, heißt es. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums betrage das Volumen des Sicherungsfonds aber nur 4,6 Mrd. Euro. Die Banken werden den Sicherungsfonds wohl aufstocken müssen.

3. Tag nach dem L-Crash

► 18.9.2008 (khd/cnn). In den USA ist nun auch die Investment-Bank **Morgan Stanley** de facto pleite und sucht einen Aufkäufer. Auch die letzte verbliebene und weltgrößte US-Investment-Bank **Goldman Sachs** soll in Schwierigkeiten stecken. Ob sie sich noch selbst aus dem Sumpf ziehen kann, ist noch nicht absehbar, aber wahrscheinlich. Dafür dürfte schon ihr früherer Chef Paulson sorgen, der heute als US-Finanzminister über sehr viel Einfluß verfügt.

► 18.9.2008 (khd/info-radio). In Großbritannien ist der größte Hypotheken-Händler **HBOS** (Halifax Bank of Scotland) ebenfalls de facto pleite und steht vor einem Notverkauf für umgerechnet 15 Mrd. Euro an den Konkurrenten Lloyds TSB.

4. Tag nach dem L-Crash

► 19.9.2008 (khd/tsp). Inzwischen ist klar: Auch die 7 deutschen **Landesbanken** sind von der Lehman-Pleite betroffen. Es wird

Tempi passati?

Erinnerung an Parolen des Neo-Liberalismus

BERLIN – 21.9.2008 (pep/khd-research). Wie hießen doch gleich die vielen ‚Lehrsätze‘ des ungezügelten Wirtschaftswahns, die nun über Nacht nicht mehr gepriesen werden?

- *Der Markt reguliert sich selbst.*
- *Eingriffe des Staats schaden der Wirtschaft.*
- *Die Privatisierung staatlicher Unternehmen nutzt den Kunden.*
- *Verstaatlichung ist Sozialismus.*
- *Von der Globalisierung profitieren alle.*
- *Hedge-Fonds sind nützlich für die Wirtschaft.*
- *Wer ein hohes Risiko trägt, muß auch hoch bezahlt werden.*
- *Jede(r) ist seines Glückes Schmied.*
- *In der Krise ist der Staat nicht die Lösung, sondern das Problem.*

derzeit ein Verlust von mindestens 1,7 Mrd. Euro angenommen. Das sei aber von den Landesbanken verkraftbar, heißt es. Besonders betroffen soll die **BayernLB** sein.

► 19.9.2008 (khd/d-radio). Unterdessen wurde in den USA damit begonnen, neue **US-Staatsanleihen** aufzulegen, um die US-Notenbank Federal Reserve für weitere Rettungsmaßnahmen liquide zu halten. Die US-Regierung plant außerdem eine staatliche Auffanggesellschaft, die alle faulen Kredite aus dem Markt übernehmen soll. Kosten werde das weit über 1.000 Mrd. US-Dollar, vermuten Insider [Ed-21.9.2008: die US-Regierung hat zunächst 700 Mrd. \$ beim Kongreß beantragt]. Volkswirtschaftlich bedeutet das eine weitere Staatsverschuldung der USA, die derzeit bei rund 10.600 Mrd. US-Dollar liegt, und damit eine enorme Belastung der Steuerzahler und des Werts des US-Dollars. [05]

5. Tag nach dem L-Crash

► 20.9.2008 (khd/info-radio). Inzwischen haben Börsenaufsichtsbehörden wie die amerikanische **SEC** und die deutsche **BAFin** reagiert. Sie verboten befristet die **Börsenspekulation auf fallende Kurse** von bestimmten Aktien mittels Leer-Verkäufen (short selling). Damit sollen vor allem die Hedge-Fonds an die Leine gelegt werden. In Deutschland gilt das zunächst bis zum 31.12.2008.

► 20.9.2008 (khd/info-radio). Die in den letzten Tagen täglich zur Sicherung von Liquidität von den staatlichen Notenbanken rund um den Globus in die Finanzmärkte **gepumpte Frischgeldmenge** erreicht bislang eine Gesamtvolumen von umgerechnet mindestens 1000 Mrd. US-Dollar (geschätzt).

6. Tag nach dem L-Crash

► 21.9.2008 (khd). Auf der 590. Ausgabe der „khd-Page“ wird vom khd-research.net eine erste Betrachtung zum „**Der Markt hat's nicht gerichtet**“ veröffentlicht. [06]

7. Tag nach dem L-Crash

► 22.9.2008 (khd/hbl). Der amerikanische Rettungsplan sieht vor, daß **Hedge-Fonds** davon ausgeschlossen werden sollen. Vermutet wird, daß damit auch irgendwie die Frage der Daseinsberechtigung von Private-Equity-Fonds auf der internationalen Agenda steht. Die USA luden inzwischen die westlichen Industrienationen ein, sich an der Rettung des Dollars zu beteiligen. Deutschland wird sich nicht finanziell an dem US-Plan beteiligen.

► 22.9.2008 (khd/d-radio). **Großbritannien** ist nunmehr bereit, sich für eine starke Regulierung der Finanzmärkte einzusetzen. Die Briten wollen sich mit der US-Regierung absprechen. Ob sie aus dem Schaden klug geworden sind und nun eine energische Regulierung vorantreiben, muß abgewartet werden.

► 22.9.2008 (khd/info-radio). Unterdessen haben die beiden verbliebenen US-Investment-Banken **Goldman Sachs** und **Morgan Stanley** ihren Sonderstatus einer wenig kontrollierten Spekulationsbank freiwillig aufgegeben und arbeiten nun als normale Geschäftsbanken.

8. Tag nach dem L-Crash

► 23.9.2008 (khd/info-radio). In Europa mehren sich die Stimmen, endlich eine **Europäische Rating-Agentur** zur Bewertung

von Wertpapieren und Unternehmen einzurichten. US-Agenturen hatten in der Vergangenheit allzuoft minderwertige Papiere viel zu hoch bewertet.

► 23.9.2008 (khd/tsp). Unterdessen erinnert in einem offenen Brief an Deutsche Bank-Chef Ackermann (veröffentlicht als Anzeige im Tagesspiegel vom 23.9.2008, Seite 15) Ex-Bankier Ehrhardt Bödecker in Beispielen an die „**Auflösung der guten alten goldenen Bankregeln**“, die bereits in den 1970-Jahren begann und nun zu einem „Scherbenhaufen“ geführt habe. *„Er hätte vermieden werden können, wenn die verantwortlichen Bankmanager seriöser gehandelt und sich an die alte deutsche Banktradition erinnert hätten“*, schreibt der frühere Chef-Bankier der renommierten Berliner Weberbank.

► 23.9.2008 (khd/info-radio). Ansonsten macht sich große Skepsis breit, ob die USA die Krise mit der **Ausgabe neuer US-Staatsanleihen** in Höhe von 700 Mrd. US-Dollar zum Aufkauf der privaten Schulden wirklich in den Griff kriegen werden. Das könne auch eine weltweite Inflation von erheblichem Ausmaß auslösen, heißt es.

9. Tag nach dem L-Crash

► 24.9.2008 (khd/d-radio). Der Banken-Ausschuß des US-Senats hat gestern nach einer Anhörung von Finanzminister Henry Paulson und Notenbankchef Ben Bernanke den **Rettungsplan der Bush-Regierung** in seiner derzeitigen Form abgelehnt.

► 24.9.2008 (khd/info-radio). Auf einem G8-Sondergipfel im November sollen sich die 8 bedeutendsten Industriestaaten (USA, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Kanada, Italien, Japan, Rußland) auf ein gemeinsames Vorgehen bei der nun gebotenen **Neuordnung des internationalen Finanzmarkts** verständigen. Bereits im Oktober werden sich in Washington die G7-Finanzminister (ohne Rußland) treffen. [Helmut Schmidt kritisiert G8-Gipfel]

► 24.9.2008 (khd/tsp). Nach einem Tagesspiegel-Bericht hat die Finanzkrise bereits Berlin erreicht. Die **Berliner Immobilien-Preise** stürzen ab. Investoren mit US-Kredit, darunter viele Hedge-Fonds, stehen unter massivem Druck.

10. Tag nach dem L-Crash

► 25.9.2008 (khd/tsp). Inzwischen ist mit umfangreichen **Ermittlungen der US-Bundespolizei FBI** bei 26 Finanzinstituten der Wall-Street begonnen worden. Im Umfeld des Crashes soll es zu Betrügereien ge-

kommen sein. Es könnte aber auch sein, daß dieses Vorgehen vor allem aufgebrachte Bürger, die ihr Geld verloren haben, beruhigen soll.

► 25.9.2008 (khd/cnn). In einer überraschend angesetzten Fernsehansprache zur Finanzkrise hat gestern Abend **US-Präsident Bush davor gewarnt**, daß der weltgrößten Volkswirtschaft ohne die Gelder der Regierung eine Katastrophe drohe, denn sein Rettungsplan ist noch immer nicht unter Dach und Fach. „Unsere gesamte Wirtschaft ist in Gefahr.“ „Millionen Amerikaner könnten ihren Arbeitsplatz verlieren“, sagte der Präsident. Zudem drohe Panik auf dem Finanzsektor. Die beiden Präsidentschaftskandidaten Obama und McCain lud Bush zu einer Krisensitzung am Donnerstag (25.9.2008) ein. Ziel sei es, eine schnelle Verabschiedung des Rettungsplans zu erreichen, heißt es.

► 25.9.2008 (khd/info-radio). Der **Deutsche Bundestag debattiert** die globale Finanzmarkt-Krise und die Folgen für die deutsche Volkswirtschaft. Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD) zeichnet in einer Regierungserklärung ein düsteres Bild der Märkte, was umso erstaunlicher ist, weil er die Finanzkrise zuvor heruntergespielt hatte (*„Die deutsche Wirtschaft ist sehr viel robuster als vor 3 oder 4 Jahren, und sie ist auch besser aufgestellt als zum Beispiel die amerikanische“*, sagte er noch der WELT am 20.7.2008). Die USA verlören jetzt ihren „Status als Supermacht des Weltfinanzsystems“, stellte er fest.

► 25.9.2008 (khd/d-radio). In ihrer Empörung über die Folgen der weltweiten Finanzkrise hat sich jetzt die anglikanische Kirche auf die **Kapitalismus-Kritik von Karl Marx** berufen. Der deutsche Kommunist habe zum Teil recht gehabt, schrieb der Erzbischof von Canterbury und ranghöchste Vertreter der anglikanischen Kirche, Rowan Williams, im britischen Magazin „The Spectator“. „Marx hat schon vor langer Zeit erkannt, wie der ungezügelte Kapitalismus eine Art Mythologie wird“, die den Regierungen und der Wirklichkeit keine eigene Bedeutung zuschreibe.

11. Tag nach dem L-Crash

► 26.9.2008 (khd/cnn). Der **Krisengipfel im Weißen Haus** brachte gestern Abend keinen Durchbruch, sondern nur Streit zwischen den handelnden US-Politikern um den Rettungsplan. Schließlich sei dieser 700-Milliarden-Rettungsplan der „totale Offenbarungseid und der Preis für 8 Jahre total verfehlter Wirtschaftspolitik“ der konser-

vativen Bush-Regierung – und das in Wahlkampfzeiten, stellen Marktbeobachter fest.

► 26.9.2008 (khd/d-radio). In den USA ist mit der Washington Mutual (WaMu) eine **weitere Bank pleite**. Diesmal trifft es die Bank der kleinen Leute. Die Aufsichtsbehörde schloß die private Geschäftsbank. Sie wurde zwangsweise an JP Morgan Chase für 1,9 Mrd. \$ notverkauft. Seit dem 15. September hatten WaMu-Kunden 16,7 Mrd. \$ ihrer Einlagen abgehoben, da sie das Vertrauen verloren hatten. Damit erreicht die Bank- und Finanz-Krise einen neuen Höhepunkt, denn dieses ist die größte Bankenpleite in der Geschichte der USA.

► 26.9.2008 (khd/info-radio). In Europa soll die belgisch-niederländische **Großbank Fortis** ernste Liquiditätsprobleme haben, was diese dementierte. [Ed-28.9.2008: Nun steht bereits fest, daß Fortis wg. hoher Verluste verstaatlicht werden muß, womit wieder einmal klar wird, daß Banken in Krisenzeiten immer lügen].

12. Tag nach dem L-Crash

► 27.9.2008 (khd/welt.de). Die Pleite von Lehman Brothers bekommen auch die deutschen Fondsanleger zu spüren, die auf die als sicher geltenden **Renten- und Geldmarkt-Fonds** setzten. Einige Fonds haben bereits mehr als 4 % an Wert eingebüßt.

► 27.9.2008 (khd/info-radio). Die Finanzkrise könne die **Arbeitslosigkeit in Deutschland** im nächsten Jahr wieder ansteigen lassen. Das sagen Arbeitsmarktforscher. Für 2009 rechnen sie mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 3,22 Millionen. [Bisherige Entwicklung der Arbeitslosigkeit]

► 27.9.2008 (khd/info-radio). Der US-Congress ringt weiter um den **700-Milliarden-Rettungsplan**. Es wird damit gerechnet, daß nun bis zum Sonntagabend (28.9.2008) eine Einigung zwischen Demokraten und Republikanern erzielt wird, sonst könne es in der nächsten Woche mit dem „Chaos an der Wall-Street“ weitergehen.

13. Tag nach dem L-Crash

► 28.9.2008 (khd/d-radio). Die deutschen **Sparkassen sehen sich als Gewinner** der Finanzkrise. Die Institute sicherten die Stabilität am Bankenplatz Deutschland, sagte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Heinrich Haasis, der „Bild“-Zeitung. „In den vergangenen Jahren galten die Sparkassen als verstaubt und rückständig,

weil wir uns auf sichere Geschäfte beschränkt haben.“ Das zahle sich jetzt aus, wird der Verbandspräsident zitiert. Wir werden sehen, ob das wirklich stimmt.

► 28.9.2008 (khd/d-radio). Die Demokraten und Republikaner im US-Congress haben heute einen **Durchbruch bei den Verhandlungen** über einen Rettungsplan für notleidende Banken erzielt. Wäre es nicht zu einer Einigung gekommen, dann wäre es am Montag (29.9.2008) mit Sicherheit zu erheblichen Turbulenzen an den Finanzmärkten gekommen, hatten Experten gewarnt. Ökonomen wie Prof. Boudini sehen im US-Rettungsplan aber nur einen ersten Schritt, dem weitere folgen müßten, um die Finanzkrise wirklich in den Griff zu kriegen.

► 28.9.2008 (khd/d-radio). Ein erstes sehr deutliches Warnzeichen: Bei den **National-Wahlen in Österreich** erreichen die Rechten (angetreten in 2 Parteien: FPÖ + BZÖ) bereits fast 30 %. Zur Erinnerung: Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise von 1929 erstarkte in Deutschland damals der Nationalsozialismus. Und wir kennen alle das fatale Ergebnis.

14. Tag nach dem L-Crash

► 29.9.2008 (khd/info-radio). Der Münchner **Immobilien-Finanzierer Hypo Real Estate** (HRE) soll nach einem Bericht der *Financial Times Deutschland* unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehen. Der Verlust soll mindestens 10 Mrd. Euro betragen. Damit steht der bislang als besonders sicher geltende „Deutsche Pfandbrief“ in Gefahr. Es ist die 3. Bank in Deutschland, die massiv von der Finanzkrise betroffen ist (SachsenLB war die 1. Bank und die IKB die 2. Bank). Nur mit zum Teil staatlich abgesicherten Not-Krediten anderer Banken in Höhe von 35 Mrd. Euro konnte der Fortbestand der HRE heute gesichert werden. Für den Steuerzahler könnte die außerordentliche Risiko-Abschirmung in Höhe von 26,6 Mrd. Euro noch teuer zu stehen kommen. Das wird noch reichlich politischen Ärger bereiten... [07]

► 29.9.2008 (khd/d-radio). In Großbritannien mußte die **Hypotheken-Bank Bradford & Bingley** verstaatlicht werden, da sich wg. Schulden von 52 Mrd. Euro kein Käufer fand.

► 29.9.2008 (khd/info-radio). Bei der Abstimmung am Nachmittag im US-Repräsentantenhaus ist der **Rettungsplan der Bush-Regierung gescheitert**. Vor allem Republikaner waren dagegen. Was nun? Die Börsen werden nun wohl total verrückt spielen und die Weltwirtschaftskrise

erst so richtig ‚anfeuern‘. Und so kam es heute erneut zum „Schwarzen Montag“ in New York.

15. Tag nach dem L-Crash

► 30.9.2008 (khd/cnn). Die Turbulenzen waren dann gestern in New York so groß, daß der **US-Aktienindex Dow Jones** mit mehr als 770 Punkten sein größtes Tages-Minus seiner Geschichte verzeichnete (Schlußstand am 29.9.2008: 10.365 Punkte).

► 30.9.2008 (khd/tsp). Nach der Bayernwahl wird durch einen Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ bekannt, daß auch die **BayernLB** einen finanziellen Stützungsbedarf von mindestens 1 Mrd. Euro hat.

► 30.9.2008 (khd/d-funk). Der belgisch-französische **Immobilien-Finanzierer Dexia** erhält ein länderübergreifendes Hilfspaket. Belgien, Frankreich und Luxemburg spendieren dem angeschlagenen Bankhaus eine Kapitalerhöhung in Höhe von 6,4 Mrd. Euro.

16. Tag nach dem L-Crash

► 1.10.2008 (khd/wdr). Die New Yorker Börse stürzt gestern nicht weiter ab. Der US-Senat will bereits heute über den inzwischen ergänzten **Rettenungsplan der Bush-Regierung** abstimmen. Der Ergänzung sieht vor, daß der Staat auch alle Privatkonten mit bis zu 250.000 US-Dollar absichern wird. Das US-Repräsentantenhaus will am Donnerstag (2.10.2008) erneut abstimmen.

► 1.10.2008 (khd/info-radio). Unterdessen hat Irland eine **Totalgarantie für alle Privatkonten** für 2 Jahre ausgesprochen. Mit dieser vertrauensbildenden Maßnahme für die 6 größten Banken der Insel soll eine mögliche Panik der Bankkunden – ein ‚bankrun‘ – vermieden werden. Alle EU-Staaten täten gut daran, diesem Beispiel schnellstens zu folgen. Denn diese unbeschränkte Staatsgarantie kostet zunächst einmal nichts, würde aber die drohende Wirtschaftskrise mit viel schlimmeren Folgen unwahrscheinlicher machen. Außerdem haben alle Staaten gegenüber ihren Bürgern eine Bringschuld, da sie die gesamte Finanz-Industrie in der Vergangenheit nicht ausreichend reguliert und kontrolliert haben.

► 1.10.2008 (khd/apa/info-radio). Die EU-Kommission stellt in Brüssel einen Gesetzentwurf zur **Regulierung der Finanzmärkte** vor. Danach sollen die Eigenkapitalvorschriften der Banken verschärft werden, um es den Banken schwieriger zu machen, in extrem riskante Anlagenprodukte zu investieren bzw. hohe Kreditrisiken einzugehen. Die Volumen von

Großkrediten, die sich Banken gegenseitig gewähren, sollen auf 25 % des Eigenkapitals der Bank begrenzt werden. Bei einer Bankenpleite sollen die Einlagen von Verbrauchern besser als bisher geschützt werden und eine Auszahlung des Kapitals schnell erfolgen. Erwogen wird auch, einen europäischen Rettungsfonds für angeschlagene Banken zu bilden (300 Mrd. Euro sind angedacht). Beim nächsten EU-Gipfel am 15. Oktober soll eine grundsätzliche Einigung auf eine europäische Antwort auf die Finanzmarktkrise erzielt werden. Bereits am Sonnabend (4.10.2008) treffen sich in Paris die Regierungschefs von Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Italien zu Beratungen. [08]

17. Tag nach dem L-Crash

► 2.10.2008 (khd/info-radio). Im September ist in den USA der **Absatz von Autos massiv eingebrochen**. Neben den steigenden Benzinkosten haben Autokäufer Schwierigkeiten, von den Banken Kredite zu erhalten.

► 2.10.2008 (khd/d-radio). Der US-Senat hat gestern Abend dem überarbeiteten **Rettenungsplan der Bush-Regierung** zugestimmt. 74 Senatoren stimmten zu, 25 dagegen. Damit hat der Plan die 2. Hürde vor der 1. Hürde genommen. Falls nunmehr am Freitag (3.10.2008) das US-Repräsentantenhaus dem Plan im 2. Anlauf nicht zustimmen sollte, werde eine „Wirtschaftskatastrophe“ erwartet, heißt es in den USA.

► 2.10.2008 (khd/info-radio). Deutsche Banken haben offensichtlich noch immer nicht verstanden, was ihre Branche in den letzten Jahren da angerichtet hat. Nun streiten sich doch Banken hierzulande darum, wer von ihnen wieviel von dem vereinbarten **Rettenungspaket für die Hypo Real Estate** in Höhe von 35 Mrd. Euro übernehmen soll. Für 26,6 Mrd. Euro hatte der Bund bereits am 28. September eine Bürgschaft abgegeben. Es geht also bei dem Streit um die restlichen 8,4 Mrd. Euro. Spekulieren die Banken etwa darauf, daß der Staat alles übernimmt?

18. Tag nach dem L-Crash

► 3.10.2008 (khd/n24). Durch die weltweite Finanzkrise ist **Frankreich bereits in die Rezession** geschliddert. Nach amtlichen Angaben verzeichnete die zweitgrößte EU-Volkswirtschaft 3 Quartale hintereinander einen Wirtschafts-Abschwung. Nach gängiger Definition befindet sich eine Volkswirtschaft in der Rezession, wenn das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in mindestens 2 Quartalen in Folge zurückgeht.

► 3.10.2008 (khd/radio88-8). Im 2. Anlauf billigte heute das US-Repräsentantenhaus das nachgebesserte Gesetz zum **Rettenplan der Bush-Regierung** (700 Mrd. Dollar für faule Kredite). Präsident George W. Bush hat das Gesetz sofort unterschrieben, womit es in Kraft ist. Es wird nun erwartet, daß sich die internationalen Finanzmärkte beruhigen werden – es sei denn, es gibt einen weiteren großen Bankcrash.

19. Tag nach dem L-Crash

► 4.10.2008 (khd). Auch deutsche Banken genießen angesichts der Krise sowie des Lastschrift-Skandals und des Pfusches bei Überweisungen **kein Vertrauen mehr** – sie haben es selbst total verspielt. In Spiegel-Online hiess es gestern: „Wir Deutsche haben den Banken stets vertraut. Warum eigentlich? Ihre schönen Slogans waren schon immer eine Lüge.“ Und so manche Kunden werden nun den Lügen aus dem Weg gehen und sich ans gute alte Bargeld erinnern. Das heißt, jeden Monat werden sie alles nicht für monatliche Überweisungen benötigtes Geld vom Konto sofort abheben und verbrauchen. Das erspart außerdem die Abgeltungssteuer und kurbelt auch noch die deutsche Wirtschaft (Inlandsnachfrage) an.

► 4.10.2008 (khd/info-radio). Die Banker können noch nicht einmal Schulden korrekt zusammenzählen! Die „Welt am Sonntag“ meldet heute vorab, daß das am vorigen Wochenende von Bund und Banken gezimmerte **Rettenpaket von 35 Mrd. Euro** nicht ausreicht. Die Hypo Real Estate benötigt danach bis Ende des Jahres 50 Mrd. Euro und bis Ende 2009 mindestens 100 Mrd. Euro, um ein Fortbestehen zu sichern. Daraufhin zogen heute Abend die Banken ihre bisherigen Kreditzusagen zurück, womit die **Retten der Hypo Real Estate geplatzt** ist.

Die große Frage ist nun, ob die Bundesregierung einspringen wird oder diese Spekulationsbank zur deutschen ‚Lehman Brothers‘ mit schlimmen Folgen für deutsche Pfandbriefe (beliebte Anlage zur Alterssicherung!) abschmiert, d. h. die BAFin die Bank (am Montag) schließt. Vermutlich wird aber die Bundesregierung nicht umhinkönnen, die Hypo Real Estate samt irischer Tochter DEPFA zu verstaatlichen. Wir werden sehen, was dieser Sonntag (5.10.2008) bringt... [09]

20. Tag nach dem L-Crash

► 5.10.2008 (khd/ard/d-radio). Die Bundesregierung gab heute zunächst eine staatliche **Totalgarantie für alle privaten Spareinlagen** (nach dem irischen Vor-

bild) ab, um hierzulande einem ‚Bank-run‘ am Montag (6.10.2008) vorzubeugen. Die durch nahezu kriminell agierende Bankmanager entstandene Situation sei dramatisch für die gesamte deutsche Volkswirtschaft, heißt es. Immerhin habe der deutsche Markt für die bislang als besonders sicher geltenden Pfandbriefe ein Volumen von um die 900 Mrd. Euro, und dieser könne durch eine Pleite der DEPFA plus Hypo Real Estate total ‚explodieren‘. Die Bundesregierung und die Banken müssen daher in einer Krisensitzung bis Mitternacht eine tragfähige Rettungslösung finden.

21. Tag nach dem L-Crash

► 6.10.2008 (khd/d-radio). Das Banken-Konsortium hat gestern rechtzeitig das **Rettenpaket für die Hypo Real Estate** (HRE) um 15 Mrd. Euro aufgestockt, so daß jetzt 50 Mrd. Euro Kreditzusage zur Verfügung stehen. Der Bund gibt (zunächst) kein Geld dazu, bürgt aber weiterhin für 26,6 Mrd. Euro der Kredite. Eine staatliche Übernahme der HRE hatte die Bundesregierung angesichts des „totalen Versagens“ des Bankmanagements abgelehnt. Die Bundes-Bürgerschaft sei daher keine Bürgerschaft für die Bankmanager, sondern für die „Stabilität des Systems“, heißt es. Die für die Bankkrise verantwortlichen Manager sollen zur Rechenschaft gezogen werden [Ed: was schon beim Berliner Banken-Skandal nicht so recht klappte].

► 6.10.2008 (khd/sp). Es gibt deutsche Banker, die **sagen jetzt**, sie hätten „**noch nie in einen so tiefen Abgrund geschaut**“. Dennoch ist es bislang noch keinem dieser famosen Bankmanager eingefallen, sich für ihr unverantwortliches Handeln bei den Deutschen zu entschuldigen.

► 6.10.2008 (khd/info-radio). An den Börsen ist die **Retten der Hypo Real Estate** heute verpufft. Die Kurse stürzen weiter ab – auch in den USA, trotz des am Freitag (3.10.2008) verabschiedeten US-Rettungspakets. Die Finanzmärkte trauen den Rettungsmaßnahmen nicht. Unterdessen arbeitet die Bundesregierung an einem „Plan B“, um einen „**Schutzschirm für die deutschen Finanzmärkte** zu schaffen. Man komme nun „mit Lösungen von Fall zu Fall“ nicht mehr weiter, so Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD). Details nannte er nicht.

22. Tag nach dem L-Crash

► 7.10.2008 (khd/d-radio). Die Finanzminister der Eurozone einigten sich gestern am späten Abend in Luxemburg darauf, „**alle**

systemrelevanten Finanzinstitute“ vor der Pleite zu retten. Für die Rettung der Banken müßten aber die Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene sorgen, heißt es. Es verwundert schon sehr, daß jetzt in der Europäischen Union (EU) kein gemeinsamer Garantieschirm für Banken verabredet werden soll. Wollten wir im geeinten Europa nicht alles gemeinsam bewältigen – auch solche dramatischen Krisen in der (gemeinsamen) Wirtschaft?

► 7.10.2008 (khd/info-radio). Da **Island de facto bankrott** ist, wurde inzwischen per Not-Gesetz der gesamte Bankensektor verstaatlicht. Die Gesamtverschuldung aller isländischen Banken beträgt das Zwölfwache der Wirtschaftsleistung der Insel.

► 7.10.2008 (khd/welt). Der internationale Währungsfonds IWF vermutet einen **Gesamtschaden der Finanzkrise** in Höhe von 1.400 Mrd. US-Dollar (rund 1.000 Mrd. Euro). Davon haben Banken, Versicherungen und Hedge-Fonds bislang erst die Hälfte abgeschrieben. Die andere Hälfte bedroht also weiterhin die globalen Finanzmärkte. [10]

23. Tag nach dem L-Crash

► 8.10.2008 (khd/d-radio). Als ein Frühindikator dafür, ob die Finanzkrise in der realen Wirtschaft angekommen ist, gelten die Absätze in der Autobranche. Auch in Deutschland wird jetzt festgestellt, daß der **Autoabsatz schwächelt**. Die deutschen Auto-Fabriken von Daimler, Ford, BMW und Opel fahren aufgrund sinkender Nachfrage ihre Produktion herunter. Der IWF erwartet für Deutschland im Jahr 2009 eine Stagnation der Wirtschaft, d. h. diese wird nur um die 0 % wachsen. Beim DIW rechnet man hingegen noch mit einem Wachstum von 0,5 % für 2009.

► 8.10.2008 (khd/info-radio). In einer konzertierten außergewöhnlichen Aktion werden von 6 internationalen Notenbanken die **Leitzinssätze gesenkt**. So setzten die Europäische Zentralbank (EZB) und die Bank of England den Zins um 0,5 % absolut herab. Die EZB erreicht damit in der Euro-Zone 3,75 % (vorher 4,25 %). Die Federal Reserve der USA (Fed) ging von 2,0 auf 1,5 % herunter. An der Aktion beteiligten sich auch die Notenbanken der Schweiz, China und Kanada. Japan beteiligte sich nicht. An den Börsen verpuffte jedoch der Zinssenkungseffekt, da sich die Banken untereinander noch immer **nicht trauen**. Vielleicht müssen die Notenbanken für eine gewisse Zeit auf einen Zinssatz nahe 0 % heruntergehen, um den Geldmarkt (Kapitalaustausch zwischen den Banken) wieder anzukurbeln.

24. Tag nach dem L-Crash

► 9.10.2008 (khd/khd-research). Es wird immer deutlicher, daß auch viele der in Deutschland angebotenen **Geldmarkt-Fonds in der Krise** stecken. Und dabei galten Geldmarkt-Fonds bislang als sichere Alternative zu Bankeinlagen. Betroffen sind vor allem die Fonds, wo die Fondsmanager den Fehler begingen, auch in Bankschuldverschreibungen oder Unternehmenspapieren zu investieren. Nach der Lehman-Pleite sind deren Werte aber abgestürzt, was den Wert der Fonds-Anteile Ende September schlagartig minderte und eine Verkaufswelle auslöste. Inzwischen sind einige Geldmarkt-Fonds bereits auf dem Wert-Niveau von 2004 angelangt. Und das heißt, aus dem 2004 angelegten Geld ist kein Cent mehr geworden. Jedes normale Sparbuch oder Staatspapier hätte eine höhere Rendite ergeben.

Deshalb gilt der Rat: **Sofort aus diesen Geldmarkt-Fonds aussteigen**. Die Kurse werden noch weiter fallen. Allen unterliegen die Geldmarkt-Fonds nicht der Einlagensicherung oder der Bundesgarantie. Und daß sie ein Sondervermögen der ausgebenden Bank sind, hilft überhaupt nicht beim Wertverfall. [13]

► 9.10.2008 (khd/sp). Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) will die anderen führenden Industrieländer für schärfere Regeln für die Finanzmärkte gewinnen. Für die G7-Verhandlungen am kommenden Wochenende in Washington hat er einen **8-Punkte-Plan mit deutschen Forderungen** erarbeiten lassen. Die Einführung einer Spekulationssteuer (Tobin-Steuer) kommt da nicht vor. [11]

► 9.10.2008 (khd/thallg). Die „Thüringer Allgemeine“ veröffentlicht heute eine sehr gute Zusammenstellung von **Fragen und Experten-Antworten zur Finanzkrise**. Denn der Alptraum der Sparer erreicht täglich neue Dimensionen. Doch ist es sinnvoll das Konto zu räumen, Bargeld zu horten oder auf Edelmetalle zu setzen? Was ist von Geldmarkt- und Immobilien-Fonds zu halten? Auch auf solche Fragen gibt es hier Antworten. [Zu den Fragen und Antworten]

► 9.10.2008 (khd/info-radio). In Deutschland wird der für den 27. Oktober geplante **Börsengang der Deutschen Bahn** verschoben – auf unbestimmte Zeit. Ein „Verschiebeldern der Aktien“ im turbulenten Umfeld der Finanzkrise komme nicht in Frage, heißt es. Die Deutsche Bahn soll zu 24,9 % teilprivatisiert werden, womit ein Erlös von etwa 8 Mrd. Euro erzielt werden sollte. Derzeit hätte der Verkauf aber nur um die 2 Mrd. Euro erbracht,

wird vermutet. Und dabei habe sich doch der eigentliche Wert des Unternehmens gar nicht verändert, darauf weisen Kritiker der Bahnprivatisierung hin. Wie könne ein gesundes Unternehmen urplötzlich ein Drittel seines Wertes verlieren, fragen die Kritiker und verweisen auf sehr grundsätzliche Strukturfehler im bestehenden Finanzsystem. Ein Börsengang der Bahn sollte nicht mehr erfolgen, denn die Bahn brauche kein (einmaliges) Geld von Aktionären mit Shareholder-Interessen. Angesichts der aktuellen Erkenntnisse aus der Finanzkrise ist es in der Tat viel wichtiger, die Deutsche Bahn als solides Staatsunternehmen zu erhalten, das für Anleger sichere Anleihen ausgeben kann, um so anstehende Investitionen zu finanzieren.

25. Tag nach dem L-Crash

► 10.10.2008 (khd/sp). Im SPIEGEL-Interview sagte gestern Ökonomieprofessor Muhammad Yunus und Gründer der Grameen Bank für Mikrokredite zum bestehenden Finanzsystem: „*Bislang geht es immer nur um Gewinnmaximierung und Wachstum – aber das führt zu dem, was wir gerade erleben.*“ Der Nobelpreisträger plädiert deshalb dafür, **neben dem Anreiz der Profitmaximierung auch soziale Anreize** zur Erzielung eines höchst möglichen Nutzen für alle Menschen ins internationale Finanzsystem einzuführen. Dann wären die Märkte ausbalancierter als heute. Wohl wahr, aber wie macht man das am besten? [Yunus-Interview][12]

► 10.10.2008 (khd). Politikbeobachter sind der Meinung, daß sich eine wirkliche **Beruhigung der internationalen Finanzmärkte** wohl erst dann einstellen wird, wenn am 4. November 2008 der US-Senator der Demokraten Obama zum amerikanischen Präsidenten gewählt worden ist.

► 10.10.2008 (khd/info-radio). Da es an den internationalen Börsen trotz aller bisherigen Maßnahmen nun schon tagelang zu massiven Kursabstürzen kommt, wird der Ruf nach **zeitweiser Verstaatlichung der Banken** immer lauter. Offensichtlich arbeiten die Börsianer am Herbeiführen einer Weltwirtschaftskrise. Die Bundesregierung erklärte heute, auf Verstaatlichung von Banken vorerst verzichten zu wollen. Großbritannien will zur weiteren Vertrauensbildung Anteile an 8 Banken kaufen und damit teilverstaatlichen. Auch Frankreich, Spanien und Italien planen ähnliche Schritte. Aber was ist, wenn das auch nicht funktioniert? [13]

26. Tag nach dem L-Crash

► 11.10.2008 (khd/info-radio). Die 7 führenden Industrieländer G7 haben sich in Washington auf einen gemeinsamen **Aktionsplan im Kampf gegen die Finanzkrise** verständigt. Es müßten alle verfügbaren Werkzeuge eingesetzt werden, um den Zusammenbruch wichtiger Finanzinstitutionen zu vermeiden, heißt es. Die G7 wollen alle notwendigen Schritte unternehmen, damit Banken und andere Finanzinstitutionen breiten Zugang zu Liquidität erhalten. Sowohl privates wie auch staatliches Kapital sollte in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt werden.

► 11.10.2008 (khd/d-radio). Am Sonntag (12.10.2008) kommt es in Paris zu einem weiteren **Krisengipfel der Euro-Zone**. Die EU-Staaten hatten bislang keinen gemeinsamen Ansatz zur Lösung der Finanzmarktkrise gefunden. Die EU-Länder wollen sich nun auf einen gemeinsamen Maßnahmenkatalog einigen und „ein kohärentes und abgestimmtes Vorgehen“ vereinbaren. Wie die Maßnahmen umgesetzt werden, solle aber jedem Land selbst überlassen bleiben.

27. Tag nach dem L-Crash

► 12.10.2008 (khd). Vier Wochen tobt nun schon die internationale Finanzkrise, und die Bank-Manager haben sich noch immer nicht für den von ihnen angerichteten Schaden und das verursachte Chaos entschuldigt. Aber man spricht davon, Vertrauen müsse wieder gewonnen werden, sonst gehe alles den Bach hinunter. **Wie aber soll Vertrauen gewonnen werden**, wenn diese Banker-Kaste selbst noch nicht einmal Einsicht zeigt. Da drängt sich der Verdacht auf, daß diese nur abwarten will, bis die staatliche Hilfe gewirkt hat, um dann mit ihren Finanzphantastereien im Casino-Stil weiterzumachen. Das darf aber genau nicht passieren. Wir brauchen daher ein völlig neues Finanzsystem, um solche Exzesse ein für allemal zu vermeiden. Aber dazu ist von Politikern bislang noch wenig zu hören. [Markt braucht auch Moral, sagt Köhler][14]

► 12.10.2008 (khd/d-radio/faz). **Deutschlands „Plan B“ zur Bewältigung der Finanzkrise** nimmt Gestalt an. Deutsche Banken sollen mit bis zu 400 Mrd. Euro Finanzmitteln gestützt werden. Banken, die Staatshilfen nutzen, müssen sich auf scharfe Auflagen einstellen. Ob der Staat notleidenden Banken Kapital zur Verfügung stellt und im Gegenzug in eine Aktionärsposition rückt (Teilverstaatlichung), war in der Bundesregierung bis zuletzt umstritten, wird sich aber nicht vermeiden las-

sen, um die Kontrolle zu behalten. Der Rettungsplan soll in ein Eil-Gesetz gegossen am Montag (13.10.2008) im Bundeskabinett beschlossen werden und bereits bis Freitag (17.10.2008) Bundestag und Bundesrat passiert haben.

► 12.10.2008 (khd/info-radio). Die 15 Staaten der Euro-Gruppe haben sich am Abend auf ein gemeinsames Vorgehen für die Euro-Zone geeinigt. Nach dem abgestimmten **Plan zur Eindämmung der Finanzkrise** sollen in den nächsten Tagen nationale Maßnahmen ergriffen werden, die die Finanzmärkte endlich stabilisieren. Dazu sollen vor allem für eine Übergangszeit nationale Staatsgarantien für Interbankenkredite gegeben werden, um den Geldmarkt wieder auf die Beine zu bringen. Die Bundesregierung will am Montag (13.10.2008) Details ihres Vorgehens bekanntgeben. [15]

28. Tag nach dem L-Crash

► 13.10.2008 (khd/tsp). DGB-Chef Michael Sommer weist heute im Tagesspiegel-Interview auf die erhebliche **Mitschuld der von Bundeskanzler Schröder geführten rot-grünen Bundesregierung** an der Finanzkrise hin. Die Regierung Schröder habe den „angloamerikanischen Kapitalismus gewissermaßen nach Deutschland importiert“ und der „Deformation der sozialen Marktwirtschaft“ den Weg bereitet, sagte Sommer. [16]

► 13.10.2008 (khd/faz). Der Rettungsplan der europäischen Regierungen und der Europäischen Zentralbank (EZB) ist an den Finanzmärkten heute mit Erleichterung aufgenommen worden. Die Aktienmärkte reagierten zwar positiv, aber am für die **weitere Wirtschaftsentwicklung wichtigeren Geldmarkt** (Interbanken-Markt) gab es leider kaum eine Entspannung. Offensichtlich trauen sich die Banken untereinander noch immer nicht. Sie scheuen sich, Liquidität an andere Banken längerfristig auszuleihen. Vermutlich müssen deshalb die Notenbanken noch mehr Geld in den Geldmarkt pumpen.

29. Tag nach dem L-Crash

► 14.10.2008 (khd/bild). In der BILD-Zeitung hat heute Bankenverbands-Präsident Klaus-Peter Müller in der Finanzkrise **Fehler von deutschen Bankern immerhin eingestanden**: „Keine Frage, wir haben Fehler gemacht, das gestehe ich freimütig ein. Wir hätten nicht zulassen dürfen, daß Finanzprodukte so kompliziert werden, daß der Kunde sie nicht mehr versteht.“ Haben denn die meisten Banker diese Produk-

te verstanden? Eine Entschuldigung kam aber nicht über seine Lippen, obwohl die deutsche Wirtschaft bereits Schaden durch den enormen Banker-Unfug genommen hat.

► 14.10.2008 (khd/d-radio). Die Wirtschaftsweisen sagen in ihrem Herbstgutachten wg. der Finanzkrise für Deutschland nur noch ein bescheidenes **Wirtschaftswachstum von 0,2 % für 2009** voraus, was de facto eine Stagnation ist und sich schnell zu einer Rezession (negatives Wachstum) entwickeln kann. Im Frühjahr waren sie noch von einem Wachstum von 1,4 % ausgegangen. Und so wird die politische Forderung nach einem Konjunktur-Programm der Bundesregierung immer lauter werden, zumal 2009 ein neuer Bundestag gewählt wird.

► 14.10.2008 (khd/info-radio). Die Europäische Zentralbank (EZB) und die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) wollen ab morgen (15.10.2008) die **Geldmärkte in Europa unbegrenzt mit Dollar** versorgen. Außerdem hat heute Vormittag die EZB über 300 Mrd. Euro in den noch immer nicht funktionierenden Euro-Geldmarkt gepumpt.

30. Tag nach dem L-Crash

► 15.10.2008 (khd/d-radio). Inzwischen wird das reichliche Geldpumpen der Notenbanken in den Geldmarkt durchaus sehr kritisch gesehen. Denn trotz der in Aussicht gestellten Staatsgarantien **trauen sich Banken weiterhin nicht über den Weg**. Statt sich wieder einander Geld zu leihen, parken Banken ihr Geld lieber bei der Zentralbank.

31. Tag nach dem L-Crash

► 16.10.2008 (khd/info-radio/d-radio). Angesichts der nun heraufziehenden Rezession (sprich **Weltwirtschaftskrise**) stürzen in der letzten Nacht und heute die Aktien-Kurse an den Börsen erneut ab (New York -13 %, Tokio -11 %). Die starke Kurserholung von Anfang der Woche ist verpufft. Jedenfalls wird an den Börsen wieder reichlich gezockt. Und so wird vermutet, daß vor allem Hedge-Fonds größere Aktienpakete verkauften, um Kasse zu machen. Während die europäischen Staaten am Rande einer Rezession stehen, stecken die USA bereits in der Rezession, und es droht dort sogar schon die Depression.

► 16.10.2008 (khd/info-radio). Die 27 EU-Staats- und -Regierungschefs weiteten heute bei ihrem Sondergipfel in Brüssel den **Bankenrettungsplan der Euro-Länder auf die gesamte EU** aus, womit natio-

nale Alleingänge künftig vermieden werden sollen. Beschlossen wurde auch eine stärkere Kontrolle aller Geld-Institute. Mit der Forderung nach einem „Weltfinanzgipfel“ noch im November unterstützt die EU das Vorhaben, die grundlegende Reform des maroden Finanzsystems anzugehen.

32. Tag nach dem L-Crash

► 17.10.2008 (khd/info-radio). Das **Gesetz zur Rettung der deutschen Bankenbranche** (Finanzmarkt-Stabilisierungsgesetz, FMStG) wurde heute von Bundestag und Bundesrat mit großer Mehrheit beschlossen. Nur die Linken und Grünen stimmten im Bundestag gegen die ‚Sozialhilfe für Banken‘. Am Nachmittag unterschrieb auch der Bundespräsident das Eil-Gesetz. Es tritt morgen (18.10.2008) in Kraft. Ab Montag (20.10.2008) können nun hilfsbedürftige Banken staatliche Hilfe aus dem 500-Milliarden-Topf in Anspruch nehmen. Ob aber dieses Rettungspaket, das so sehr auf Intransparenz setzt, wirklich funktioniert, muß sich jetzt am Markt zeigen. Denn eigentlich haben wir damit noch gar nichts gelöst – zum Beispiel Vertrauen wiederzuerlangen... [Text des Finanzmarkt-Stabilisierungsgesetzes][17]

► 17.10.2008 (khd/d-radio). Die **Landesbanken** (LB) sollten sich zunächst nicht aus dem Rettungspaket des Bundes bedienen können. Falls dort Hilfen erforderlich werden sollten, hätten das die jeweiligen Bundesländer in eigener Regie lösen müssen, was zu Streit zwischen Bund und Ländern führte. Woraufhin am Donnerstag (16.10.2008) ein Kompromiß gefunden wurde. Als besonders angeschlagen gelten die Landesbanken BayernLB und die WestLB samt Berliner Tochter Weberbank sowie die Commerzbank.

► 17.10.2008 (khd). Nicht nur in der Branche wartet man gespannt darauf, **welche Banken sich Hilfe holen müssen**. Vermutlich seien deren Tage dann so-

wieso gezählt, da sie wohl nie wieder Vertrauen beim Publikum gewinnen werden, ist zu hören. Im Vergleich zum US-Rettungspaket (770 Mrd. \$) sei das deutsche Rettungspaket mit 500 Mrd. Euro (umgerechnet rund 670 Mrd. \$) recht üppig ausgefallen. Das lasse vermuten, daß die Bundesregierung noch mit einigen größeren Ausfällen bei deutschen Banken rechnet.

33. Tag nach dem L-Crash

► 18.10.2008 (khd/tsp). Durch einen Bericht des *Tagesspiegels* wurde heute bekannt, daß sich die unlängst von der Bundesregierung plus Banken gerettete **Hypo Real Estate (HRE) zu 52 % im Besitz von Heuschrecken** befindet. Daß trotzdem gerettet wurde, erklärte die Bundesregierung mit dem bei der HRE angelegten Geld von deutschen Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und berufsbezogene Versorgungswerken sowie Krankenkassen. [18]

► 18.10.2008 (khd/info-radio). Deutsche Banken tricksen schon wieder. Denn sie fühlen sich durch die ‚Sozialhilfe für Banken‘ stigmatisiert. Sie wollen sich daher nicht in die Bücher gucken lassen und erwägen einem Magazinbericht zufolge eine **gemeinsame Nutzung des staatlichen Rettungspakets** (Finanzmarkt-Stabilisierungsfonds, FMSt-Fonds). Der Vorteil dieser Lösung liege darin, daß dann nicht so leicht erkennbar wäre, welche Geldinstitute die Hilfe tatsächlich benötigen und welche nicht, heißt es. Bleibt zu hoffen, daß engagierte Journalisten ein solches Banken-Ansinnen durch Aufklärung durchkreuzen.

34. Tag nach dem L-Crash

► 19.10.2008 (khd/info-radio). US-Präsident Bush vereinbarte gestern Abend mit dem amtierenden EU-Ratsvorsitzenden Sarkozy und dem Präsidenten der EU-Kommission Barroso bei einem Treffen in Camp David bei Washington, daß noch **im November ein Weltfinanzgipfel in New York** stattfinden soll. Eine solche Krise dürfe sich nie wiederholen, sagte Bush. An dem Gipfel, der nun für ein besseres Finanzsystem – eine neue Welt- Finanzordnung – sorgen soll, werden neben den G8-Staaten (G7 + Rußland) auch die Länder Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika teilnehmen.

► 19.10.2008 (khd/tsp). Zur Verwaltung des staatlichen Rettungspakets dient die neugegründete **Finanzmarkt-Stabilisierungsanstalt des Bundes** (FMSA). Sie verfügt über 100 Mrd. Euro des 500-Mrd.-Pakets. Von den 100 Mrd. entfallen bis zu 80 Mrd. auf Kapitalhilfen für die Banken, 20

Auflagen bei staatlichen Bankhilfen

Quelle: Bundesfinanzministerium Okt. 2008

Maßnahme	Einfluß auf die Geschäftspolitik	Kreditvergabe im Mittelstand	Gehaltslimit für Manager	Dividenden-Streichung
Bürgschaften für Kredite (400 Mrd. Euro)	✓	—	—	—
Kapitalhilfen (80 Mrd. Euro)	✓	✓	✓	✓
Ankauf riskanter Wertpapiere (20 Mrd. Euro)	✓	—	✓	✓

Mrd. Euro auf ausgefallene Kredite. Außerdem können für 400 Mrd. Euro Staatsbürgschaften für Kredite zwischen den Banken gegeben werden. Die Anstalt muß ihre Hilfen nicht bekanntgeben, aber einem geheim tagenden Kontrollausschuß des Bundestags mitteilen. Das frische Geld schöpft die Anstalt durch die Ausgabe neuer Bundesanleihen (Staatsverschuldung). Ob diese 100 Mrd. Euro ausreichen werden, muß sich nun bis zum 31.12.2009 zeigen. Dann soll der FMSt-Fonds wieder aufgelöst werden.

► 19.10.2008 (khd/d-radio/d-funk). Als erste Bank hat die **BayernLB** heute erklärt, daß sie staatliche Hilfe in Milliardenhöhe aus dem FMSt-Fonds in Anspruch nehmen werde [Ed-21.10.2008: es sind 5,4 Mrd. Euro, weitere 1,0 Mrd. Euro tragen das Land Bayern und die bayerischen Sparkassen]. Hingegen erklärte Bankchef Ackermann, daß die **Deutsche Bank** keine staatliche Finanzhilfe benötige. *„Wir haben selbst in der Krise bisher noch über 3 Milliarden Euro netto verdient, eine hohe Kapitalquote und können uns Zukäufe wie zum Beispiel bei der Postbank leisten“*, sagte Ackermann der „Bild am Sonntag“. [19]

35. Tag nach dem L-Crash

► 20.10.2008 (khd/info-radio). Die Bundesregierung gab heute Details der **Spielregeln für die Bankhilfen** nach dem FMSt-Gesetz bekannt, die in einer Rechtsverordnung festgelegt wurden. Danach sind von den Banken während der Inanspruchnahme Gebühren für Kredite und Bürgschaften zu zahlen, Jahresgehälter von Bankmanagern werden auf 500.000 Euro begrenzt, es dürfen keine Boni gezahlt und keine Dividenden ausgeschüttet werden, bei der Übernahme von problematischen Wertpapieren durch den Staat gibt es eine Obergrenze von 5 Mrd. Euro je Bank, eine Staatsbeteiligung an einer Bank ist nur bis zu 10 Mrd. Euro zulässig.

► 20.10.2008 (khd/d-radio). Die Bundesregierung hat zwar mit dem FMSt-Gesetz ein bürokratisches ‚Prachtstück‘ in die Welt gesetzt, darin aber den in einer drohenden Krise der Volkswirtschaft notwendigen **Druck auf die Banken vergessen**. Was nutzt das schönste Rettungspaket, wenn sich (private) Banken nicht retten lassen wollen und mit ihrem Nichthandeln vielleicht die Volkswirtschaft ruinieren? In den USA war man da schlauer, denn dort müssen die Banken die staatlichen Hilfen annehmen. Aber hierzulande haben offensichtlich vor allem Unions-Politiker (CDU + CSU) noch nicht so ganz verstanden, daß der Staat in einer solch außerordentlichen Krisensituation den

Verursachern sagen muß: So und nicht anders wird's gemacht.

36. Tag nach dem L-Crash

► 21.10.2008 (khd/info-radio). Die Vereinten Nationen haben eine Expertengruppe ins Leben gerufen, die sich mit der weltweiten Finanzkrise auseinandersetzen soll. Vorsitzender wird der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, gab die UN bekannt. Die Experten sollen die **Rolle der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF)** unter die Lupe nehmen, heißt es. Prof. Stiglitz gilt als scharfer Kritiker der US-Wirtschaftspolitik unter George W. Bush.

► 21.10.2008 (khd/info-radio). Der amtierende EU-Ratsvorsitzende und französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy fordert angesichts der Finanzkrise vor dem EU-Parlament in Straßburg eine zeitweise **Teilverstaatlichung wichtiger börsennotierter Unternehmen**, um angesichts stark gesunkenen Aktienkurse deren Aufkauf durch Schnäppchenjäger (Staatsfonds) u. a. aus Nahost zu verhindern.

Aus Berlin kam dazu aus Unions-Kreisen sehr heftige Kritik. Staatswirtschaft sei grundsätzlich zu mißtrauen, heißt es. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) hält solche Forderungen grundsätzlich für unvereinbar mit der erfolgreichen deutschen Wirtschaftspolitik [Ed: die allerdings auch **reichlich Armut** produzierte]. Deutschland bleibe deshalb „offen für Kapital aus aller Welt“, sagte Glos. Die Frage ist nur, gilt das auch, wenn ausländische Staatsfonds im großen Stil in europäische bzw. deutsche Unternehmen investieren wollen. Das wäre dann doch wohl auch Staatswirtschaft . . .

37. Tag nach dem L-Crash

► 22.10.2008 (khd/welt/info-radio/tsp). Nach SachsenLB, IKB und Hypo Real Estate (mit DEPFA-Anhang) ist mit der **BayernLB die 4. deutsche Bank quasi pleite**. Der aktuelle Finanzbedarf der BayernLB beträgt 6,4 Mrd. Euro. Die Landesbank wird 5,4 Mrd. Euro Hilfe aus dem staatlichen FMSt-Fonds beantragen. Außerdem werden die Eigentümer eine Eigenkapitalerhöhung von 1,0 Mrd. Euro vornehmen (Freistaat Bayern 700 Mio. Euro + bayerische Sparkassen 300 Mio. Euro). Bayerns Finanzminister und Vorsitzender des BayernLB-Verwaltungsrats Erwin Huber (CSU) trat heute angesichts des Desasters zurück. Weitere „Löcher“ bei der BayernLB sind sehr wahrscheinlich. Denn die

Landesbank hat Kreditverbriefungen in Höhe von rund 39 Mrd. Euro im Portfolio und damit noch reichlich Abschreibungsbedarf. So wird im Internet bereits von einem weiteren Risiko von 37,5 Mrd. Euro geredet. Die BayernLB sei „Beleg für ein systemisches Versagen“, schreibt ein WELT-Leser.

► 22.10.2008 (khd/info-radio). Der **Termin für den Weltfinanzgipfel** steht. Er soll ab dem 15. November 2008 in Washington stattfinden und eine verbesserte Finanzordnung erarbeiten. Eingeladen werden die 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20). Zusammen machen die G20 rund 85 % der Weltwirtschaft aus. Zu den G20-Ländern gehören die bekannten G8 plus Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Türkei, Saudi-Arabien, Südafrika und Südkorea sowie die Europäische Union an.

► 22.10.2008 (khd/d-radio). Auch heute – am 37. Tag nach dem Lehman-Crash – ist noch **keine Ruhe an den Finanzmärkten** eingeleitet. Der Abwärtstrend bei den Aktienkursen hält weltweit an (um die –6 %). Die Angst vor der Weltwirtschaftskrise regiert jetzt die Märkte. So hat auch der Euro ein Tief von 1,2743 US-\$ erreicht. Ursache für den weichen Euro soll sein, daß in den USA bereits ein Konjunkturprogramm aufgelegt worden ist, und es in Europa noch immer keine gemeinsame Wirtschaftspolitik gibt. Oder ist das der Beginn einer Währungskrise?

38. Tag nach dem L-Crash

► 23.10.2008 (khd/sp/welt/sr). Es kündigen sich die **nächsten Hilfesuche von Landesbanken** an. Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) hat Kreditverbriefungen in Höhe von 27,1 Mrd. Euro an Bord und damit reichlich Abschreibungsbedarf. Auch die WestLB und die HSH Nordbank sind beim Prüfen ihrer Bücher.

Die meisten Landesbanken stecken in der Krise. Sie waren ursprünglich gegründet worden, um die Bundesländer bei ihrer Wirtschaftspolitik zu unterstützen. Seit 2005 stehen sie jedoch auf einer Stufe mit den privaten Banken, weil die EU staatliche Garantien (Gewährträgerhaftung) für die Landesbanken damals für unzulässig erklärte. Das war vielleicht nicht so furchtbar schlau, ist aber dem von Brüssel bislang verfochtenen strikten neoliberalen Kurs geschuldet. Und weil den meisten Landesbanken das Privatkundengeschäft fehle, „mußten sie zwangsläufig am Kapitalmarkt zocken“, um in diesen Zeiten überhaupt „noch etwas Rendite zu erwirtschaften“, sagt ein In-

sider. Aber nun sitzen sie (fast) alle auf diesen so ziemlich wertlosen Murks-Papieren aus den USA und haben Milliardenverluste.

► 23.10.2008 (khd/tsp). Im Falle der **Millionen-Überweisung der Staatsbank KfW** an die US-Pleitebank Lehman Brothers steht fast die gesamte KfW-Führung unter dem Verdacht der Untreue. Die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen zur noch am 15. September vorgenommenen Überweisung von 319 Mio. Euro aufgenommen und gestern zusammen mit dem Bundeskriminalamt (BKA) eine Razzia in Frankfurt am Main bei der KfW durchgeführt, um Beweise sicherzustellen.

► 23.10.2008 (khd/faz). Unterdessen fordert Milliardenpleitier und verurteilter Kreditbetrüger Jürgen Schneider **Haftstrafen für alle Bankmanager**, die sich hierzulande durch „Spekulationen mit Vorsatz“ am Handel mit faulen Krediten beteiligt haben.

39. Tag nach dem L-Crash

► 24.10.2008 (khd/d-radio). Der Ex-US-Notenbank-Chef **Alan Greenspan räumte jetzt ein**, daß die Finanzkrise „Mängel“ in dem von ihm favorisierten Modell des freien Marktes offenbart habe. So sei es ein Fehler gewesen, die Verbriefung der Hypothekenkredite nicht stärker zu regulieren. Er sei „schockiert“ über das Ausmaß der Kreditklemme. Greenspan führte die US-Zentralbank Fed von 1987 bis 2006 und ist damit Teil des Problems, in dem die Weltwirtschaft heute steckt. [20]

► 24.10.2008 (khd/tsp). Frankreich hat damit begonnen, einen eigenen **Staatsfonds für Interventionen am Aktienmarkt** einzurichten. Damit soll entsprechend der Ankündigung von Sarkozy die französische Schlüsselindustrie vor einem Ausverkauf an ausländische Staatsfonds geschützt werden. Das Fonds-Volumen soll 100 Mrd. Euro betragen.

► 24.10.2008 (khd/d-radio). Im DeutschlandRadio Kultur wies heute Wirtschaftsrechts-Professor Udo Reifner (Hamburg) auf ein **notwendiges Wucher- verbot bei Krediten** hin. „Wenn wir weltweit etwas in Ordnung bringen wollen, dann müssen wir am Kredit anfangen und vor allen Dingen das über 3000 Jahre alte Wucherverbot mal wieder in Erinnerung rufen. Wir haben ja ganz viele Länder, wo Wucher vollständig freigegeben ist, nehmen Sie England und größtenteils Amerika. Bei uns sind ganz große Tendenzen, das auch zu tun, weil die Anleger wollen so viel verdienen, also muß man das

ja auch irgendwo herkriegten. Das ist eine Sache – ein weltweites Wucherverbot“, sagte er im Interview.

► 24.10.2008 (khd/info-radio). Sogar die **Deutsche Rentenversicherung ist von der Finanzkrise betroffen**. Bei der deutschen Lehman-Tochter wurden 44,5 Mio. Euro der ‚eisernen Reserve‘ als Termingeld angelegt. Diese Gelder seien aber nicht verloren, denn sie seien durch den Sicherungsfonds der Banken gedeckt. Das Geld würde noch in diesem Jahr mit den Zinsen ausgezahlt, sobald die BAFin den Schadensfall festgestellt habe, heißt es. Auch bei 4 Berufsgenossenschaften soll es Forderungen gegenüber der Lehman-Tochter in Höhe von insgesamt 57,6 Mio. Euro geben.

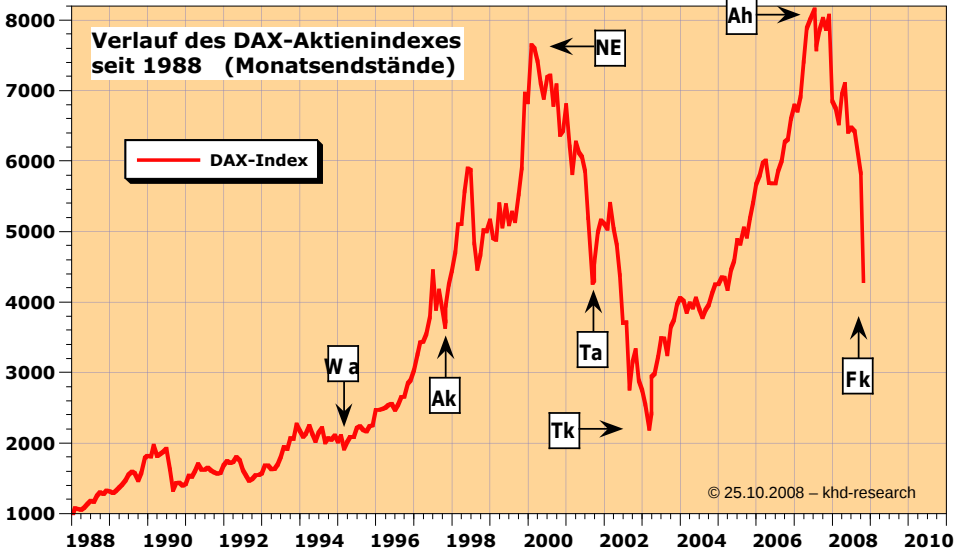
40. Tag nach dem L-Crash

► 25.10.2008 (khd/info-radio). Inzwischen gibt es am internationalen Ölmarkt ein **Überangebot von Rohöl**, so daß der Preis bereits auf fast 65 US-\$ pro

Barrel gefallen ist. Noch im Sommer 2008 lag der Preis bei 150 US-\$ pro Barrel (159 Liter). Deshalb beschloß gestern in Wien das OPEC-Kartell eine Drosselung der Ölförderung, um den Ölpreisverfall zu stoppen. [Ölpreis-Entwicklung]

► 25.10.2008 (khd/info-radio). Die Finanzkrise trieb auch gestern die Börsen immer tiefer ins Minus. An der Frankfurter Börse sanken vor allem die Kurse von Industrie-Aktien stark ab. Es ist die **Furcht vor einer schweren Rezession** mit anhaltender Wirtschaftskrise, die die Börsen – wie schon 1929 – immer weiter abstürzen läßt. Chefvolkswirte deutscher Banken sehen die deutsche Wirtschaft im dritten Quartal in der Rezession.

► 25.10.2008 (khd/d-funk). Gegen das Banken-Rettungspaket des Bundes (**FMSt-Gesetz**) wurde gestern in Karlsruhe **Verfassungsbeschwerde eingelegt**. Die Kläger befürchten wg. der enormen Finanzhilfen für die Banken höhere Steuern, denn die 500 Mrd.



▲ **Verlauf des deutschen Aktienindex DAX seit 1988.** Deutlich ist der enorme Absturz der Aktienwerte im Oktober 2008 zu erkennen. Es bedeuten: Ah = Allzeithoch am 13.7.2007, Ak = Asienkrise am 28.10.1997, Fk = Höhepunkt der globalen Finanzkrise nach dem 15.9.2008 (Lehman-Crash), NE = Höhepunkt des New-Economy-Booms am 7.3.2000, Ta = Terroranschläge in den USA am 11.9.2001, Tk = Tiefstkurs am 12.3.2003, Wa = Beginn eines anormalen Wachstums (Anfang 1995). Die Daten stammen von der Deutschen Bundesbank (Zeitreihe WU3141). (Grafik: Datum siehe Inset – khd)

Euro drohten „ohne jeglichen Sinn zu verpuffen“, heißt es. Oh was ist, wenn sich nun herausstellen sollte, daß das FMSt-Gesetz vom 17.10.2008 verfassungswidrig ist? Nicht auszudenken, was dann an den (deutschen) Börsen passiert. Die Verfassungsrichter werden auch das zu bedenken haben.

Unterdessen hat der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, das Eingreifen des Staates in der Finanzkrise verteidigt. Bundesregierung und Parlament hätten sich bisher als verlässliche Krisenmanager erwiesen, sagte er der *Neuen Osnabrücker Zeitung*. Bei essentiellen Gefahren wie in der jetzigen Krise müsse der Staat die Lebensgrundlagen der Menschen garantieren, so Papier.

► 25.10.2008 (khd/d-radio). Die Staats- und Regierungschefs von 16 asiatischen und 27 europäischen Staaten haben beim **ASEM-Gipfel in Peking** eine grundlegende Reform des weltweiten Finanzsystems versprochen. Alle Länder haben zugesagt, wirksame und tiefgreifende Veränderungen im internationalen Geld- und Finanzsystem vorzunehmen, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung. Dabei soll der Internationale Währungsfonds (IWF) eine wichtige Rolle spielen und den von der Finanzkrise besonders stark betroffenen Ländern zur Seite stehen. „Wir müssen bereits den Weltfinanzgipfel [in Washington] zu einem Forum für Entscheidungen machen“, sagte Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy in Peking. Es dürfe dort nicht nur Diskussionen geben.

► 25.10.2008 (khd/tsp/info-radio). In den letzten Tagen gab es viele **Gewinnwarnungen deutscher Automobil-Hersteller**, worauf deren Aktien-Kurse massiv abstürzten. Zudem ist die Nachfrage nach neuen Autos erheblich gesunken. Das zeige, daß die Wirtschaftskrise auch in Deutschland angekommen ist, urteilen nicht nur Volkswirte. Besonders hart hat es die Daimler AG getroffen, deren Kurs gestern auf ein 20-Jahres-Tief fiel, womit der Traditions-Konzern durchaus als ein Übernahmekandidat für ausländische Investoren gilt. Und es gibt keinen deutschen Staatsfonds, der das verhindern könnte. Vielleicht ist ja Sarkozys Idee doch nicht so schlecht, wie das der Unions- teil der Bundesregierung meinte.

41. Tag nach dem L-Crash

► 26.10.2008 (khd/tsp). Bundestagspräsident **Norbert Lammert (CDU)** sagte im Interview dem *Tagesspiegel* (Seite 7): „In der Union würde heute eine Hommage auf eine möglichst unregulierte Wett-

bewerbsordnung nicht mehr in die Nähe der Mehrheitsfähigkeit kommen.“

► 26.10.2008 (khd/sp). Der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Marx, hat die gescheiterten **Banker zur Buße aufgerufen**. Im *Spiegel*-Interview (Heft 44/2008 vom 27.10.2008, Seite 170–172), fordert der Sozialethiker alle „zur Umkehr auf, die meinten, ohne Arbeit schnell reich werden zu können, indem man sein Geld irgendwo hochspekulativ einsetzt – ohne Rücksicht auf die Folgen“. Wilde Spekulation sei „Sünde“, so Marx. Er sprach sich für eine Rückkehr zur Idee der sozialen Marktwirtschaft aus. Ein Kapitalismus ohne ethischen und rechtlichen Ordnungsrahmen dagegen sei „menschenfeindlich“. Das sei die Grundeinsicht dieser Tage.

► 26.10.2008 (khd/info-radio). Aus einer heute gesendeten Diskussion zum Thema „**Die umzingelte Demokratie – Das Problem mit dem Lobbyismus**“ im Berliner *info-radio* geht hervor: An den Gesetzen für die deutsche Zulassung von Private-Equity-Fonds und Hedge-Fonds (Heuschrecken) sowie der Verbriefungsmöglichkeit (Verkauf) von Schulden haben in Bundesministerien – man glaubt es kaum – Lobbyisten der Finanz-Wirtschaft aktiv mitgeschrieben. Das geschah etwa um 2003, also zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung unter dem Bundeskanzler Schröder (SPD).

42. Tag nach dem L-Crash

► 27.10.2008 (khd/d-radio). Ernste finanzielle **Schwierigkeiten zeigen sich bereits in Island, Ungarn und der Ukraine**. Die Landeswährungen haben infolge der Finanzkrise massiv an Wert verloren. Der Internationale Währungsfonds (IWF) will diesen Ländern mit Dollar-Krediten helfen. Island soll 2 Mrd. US-\$ erhalten, die Ukraine 16,5 Mrd. US-\$. Auch Pakistan wird wohl Hilfe benötigen. Aber auch einige Euro-Länder zittern bereits. [22]

► 27.10.2008 (khd/tsp). In einem *Tagesspiegel*-Interview [21] sagt der **Wirtschaftsprofessor Hans-Werner Sinn**: „In jeder Krise wird nach Schuldigen gesucht, nach Sündenböcken. Auch in der Weltwirtschaftskrise von 1929 wollte niemand an einen anonymen Systemfehler glauben. Damals hat es in Deutschland die Juden getroffen, heute sind es die Manager.“ Der Chef des Münchner Ifo-Instituts löste mit diesem monströsen Vergleich einen medialen Entzündungsturm aus. Inzwischen hat sich der in vielen Talkshows geübte Provo-

kateur bei den Juden in einem offenen Brief dafür entschuldigt und den Vergleich zurückgezogen.

Prof. Sinn hat aber auch übersehen, daß die Bankmanager gar keine „Sündenböcke“ sind. Die Manager sind vielmehr Mitverursacher der Finanzkrise, haben also durch ihr verantwortungsloses Handeln Mitschuld am entstandenen Wirtschaftsdesaster. Sinn irrt auch damit: Ein systemischer Fehler ist nie anonym, und hier schon gar nicht. Dahinter stehen immer Menschen (auch Wissenschaftler und Politiker), die Fehler gemacht haben.

► 27.10.2008 (khd/info-radio). Auch die **Postbank hat Millionenverluste** zu verzeichnen. Im 3. Quartal 2008 sei durch Wertberichtigungen bei Anlagen (auch bei Lehman Brothers) ein Verlust von 449 Mio. Euro entstanden, heißt es. Durch eine Eigenkapitalerhöhung um 1 Mrd. Euro seitens des Mutterkonzerns Deutsche Post sollen die Verluste ausgeglichen werden. Eine Nutzung des staatlichen Rettungsfonds sei derzeit nicht notwendig, erklärte heute die Deutsche Post.

► 27.10.2008 (khd/welt). Die Finanzjongleure können es nicht lassen, die Welt immer tiefer in die Krise zu reiten. Denn es gibt nun an den internationalen Finanzmärkten **Währungsspekulationen im großen Stil**. Es wird gewettet auf den Verfall der Währungen von Ländern, deren Handelsbilanz negativ ist (also mehr Waren importieren als exportieren). Das kann zum Staatsbankrott dieser Länder führen. Betroffen sind offensichtlich bislang die Währungen von Argentinien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Island, Lettland, Litauen, Pakistan, Rumänien, Serbien, Türkei, Ungarn und Weißrußland. Es verwundert sehr, daß die globale Politik nach dem Lehman-Crash nicht in der Lage war, angesichts der bestehenden Finanzkrise solche zerstörerischen Spekulationen weltweit zu verbieten. [*Kommt Plan C?*][22]

► 27.10.2008 (khd/info-radio). Der **Kurs des Euro fiel heute** auf 1,2483 Dollar/Euro. Es wird vermutet, daß hierbei auch die massiven Währungsspekulationen eine Rolle spielen könnten. Ende April lag der Kurs noch etwas über 1,6000.

43. Tag nach dem L-Crash

► 28.10.2008 (khd/d-radio). Angesichts der Finanzkrise dürfen sich die **EU-Länder wieder stärker verschulden**, auch wenn damit die Schulden die Maas-tricht-Grenze von 3 % des BIP übersteigen sollten.

► 28.10.2008 (khd/tsp/info-radio). Die **SPD legt einen 14-Punkte-Reformplan** vor, mit dem der Finanz-

markt völlig neu reguliert werden soll. Die Partei plädiert u. a. für:

1. Länderübergreifende internationale Finanzmarkt-Aufsicht auf Europa- und Welt-Ebene.
2. Höhere Eigenkapital-Anforderungen bei Banken.
3. Schärfere Buchhaltungs- und Bilanz-Regeln.
4. Publikationspflicht bei den Private-Equity- und Hedge-Fonds.
5. Verbot der Leerverkäufe von Wertpapieren.
6. Verschärfte Haftung der Bankmanager.
7. Restriktionen bei Boni-Anreizsystemen für Bankmanager.
8. Alle Steuer-Oasen abschaffen.
9. Deutsches 3-Säulen-Modell mit privaten, öffentlichen und genossenschaftlichen Instituten beibehalten.
10. Deutsche Landesbanken zusammenlegen.

Ob der Plan auch ein Verbot der Verbriefung von Schulden (immerhin hatte ein solcher Verkauf von Schulden zur auslösenden Subprime-Krise geführt) und eine Regelung der Wuchergrenze bei Krediten vorsieht, ist derzeit unklar. Der SPD-Plan soll in die Regierunsarbeit einfließen.

► 28.10.2008 (khd/info-radio). Die Bundesregierung hat zudem eine **Expertengruppe zur Finanzmarktkrise** unter Leitung des Ex-Chefvolkswirts der Bundesbank Ottmar Issing beauftragt, einen deutschen Vorschlag zur Reform der internationalen Finanzmärkte zu erarbeiten, der auf dem Weltfinanzgipfel am 15. November in Washington vorgelegt werden soll. Kritisiert wird, daß Issing derzeit auch die US-Investmentbank Goldman Sachs berät. Befürchtet wird deshalb: Vieles könnte beim alten bleiben.

► 28.10.2008 (khd/d-radio). Die **EU-Kommission hat das deutsche Rettungspaket gebilligt** (500-Milliarden-Fonds). Das deutsche FMS-Gesetz entspreche den EU-Regeln für Beihilfen, heißt es. Auch andere EU-Länder wie Großbritannien und Irland haben solche ‚Rettungsschirme‘ für ihre Banken aufgespannt.

► 28.10.2008 (khd/info-radio). Der **Internationale Währungsfonds schlägt Alarm**: Zur Bekämpfung der Finanzkrise reiche das Geld des IWF möglicherweise nicht aus. Frankreichs Staatschef Sarkozy fordert eine Aufstockung des Hilfsfonds, wobei von den ölfördernden arabischen Staaten Beiträge erwartet werden. Das wird auch notwendig sein, denn Devisen-Spekulanten versuchen ungestört immer mehr Staaten in den Ruin zu treiben. [23]

► 28.10.2008 (khd/d-radio). Wer Einlagen bei der deutschen Tochter der Investmentbank Lehman Brothers hat, kann jetzt mit einer Rückzahlung seines Geldes rechnen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat heute den **Entschädigungsfall bei der Lehman-Tochter festgestellt**. Schuldverschreibungen der Banken wie Zertifikate sind davon allerdings nicht betroffen.

44. Tag nach dem L-Crash

► 29.10.2008 (khd/d-radio). Die angeschlagene **Hypo Real Estate benötigt weiteres Kapital**. Der Hypotheken-Finanzierer hat aus dem staatlichen Bankenrettungs-Fonds eine Bürgschaft für 15 Mrd. Euro beantragt.

► 29.10.2008 (khd/info-radio). Die britische Notenbank rechnet wg. der Finanzkrise mit **Verlusten von weltweit 2,8 Billionen Dollar** (2800 Mrd. \$), wie aus dem gestern veröffentlichten Bericht der Bank of England hervorgeht. Das ist doppelt so viel, wie Anfang Oktober der IWF vorhersagte. Aber seitdem hat sich die Lage an den Märkten weiter zugespitzt.

► 29.10.2008 (khd/d-radio). Die europäische Politik geht im Kampf gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise in die Offensive. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso kündigt einen „**umfassenden Plan für einen Wirtschaftsaufschwung in Europa**“ an. Er soll am 26. November vorgelegt werden. Die Europäische Investitionsbank (EIB) solle zinsgünstige Kredite bereitstellen, heißt es.

► 29.10.2008 (khd/ftd/d-radio). Im Kampf gegen die Wirtschaftskrise senkt die Notenbank Federal Reserve (Fed) den **Leitzins in den USA auf 1 %**. Das ist der tiefste Stand seit 4 Jahren. Erst vor 3 Wochen war die Fed von vorher 2,0 % auf 1,5 % heruntergegangen. Die Europäische Zentralbank (EZB) entscheidet in der nächsten Woche über den Leitzins im Euro-Raum, der derzeit bei 3,75 % liegt. China und Norwegen hatten bereits mit einer Lockerung ihrer Geldpolitik vorgelegt.

„Die Fed wandelt in den Spuren der Bank of Japan und befindet sich auf dem besten Wege zu einer amerikanischen Version der **Null-Zinspolitik**“, sagte Bernd Weidensteiner (US-Experte der Commerzbank) der *Financial Times Deutschland*. Japans Notenbank hatte nach dem Platzen einer Immobilienblase Anfang der 1990er-Jahre ihren Zins bis auf 0 % gesenkt und über eine sogenannte „ultra-lockere“ Geldpolitik noch zusätzlich Liquidität in den Markt gepumpt. Diese

Schritte trugen dazu bei, daß Japan damals aus der Deflation und Depression fand. Für so bedrohlich halten die meisten Experten die US-Lage aber (noch) nicht.

45. Tag nach dem L-Crash

► 30.10.2008 (khd/hr3). **Private Banken wollen sich nun doch ‚retten‘ lassen**. Sie haben es sich anders überlegt, wozu aber Druck der Bundesregierung erforderlich war. In den nächsten Tagen wollen u. a. die Commerzbank, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Postbank gemeinsam staatliche Hilfen aus dem Rettungspaket des Bundes (500-Milliarden-Fonds) beantragen. Mit einer gemeinsamen Aktion wäre die Sorge der privaten Banken vom Tisch, daß eine von ihnen den ersten Schritt allein gehen müßte und dafür mit massiven Kursverlusten an der Börse sowie einer Kundenflucht bestraft wird.

► 30.10.2008 (khd/d-radio). Die Bundesregierung will in der nächsten Woche ein intelligentes **Programm zur Stützung der Konjunktur** mit einem Volumen von etwa 30 Mrd. Euro beschließen. Soweit bekannt sollen u. a. neugekaufte schadstoffarme Autos für 1–2 Jahre von der Kfz-Steuern befreit werden, zinsgünstige Kredite für die Gebäudesanierung (Wärmedämmung) durch die staatliche KfW-Bank zur Verfügung gestellt werden sowie bestimmte Verkehrsprojekte vorangetrieben werden.

► 30.10.2008 (khd/tsp). Durch die Finanzkrise hat sich herausgestellt, daß neben den Geldmarkt-Fonds auch die offenen **Immobilien-Fonds keine gute Geldanlage** für Klein-Anleger sind. In den letzten Wochen haben Anleger sehr viel Geld aus schwindächtigen Fonds abgezogen. Nun haben einige Immobilien-Fonds (u. a. sind das: KanAm US-Grundinvest, AXA Immoselect, TWM Immobilien Weltfonds) damit begonnen, die Anlagen einzufrieren. Für zunächst 3 Monate können Anleger ihre Anteile nicht mehr verkaufen.

Von dieser Möglichkeit wurde Klein-Anlegern beim Kauf aber nichts gesagt. Eine Rücknahmegarantie gibt es bei diesen Fonds nicht. Das „Fondstelegramm“ macht deshalb Beratern und Fondsmanagern schwere Vorwürfe. „*Wer heute den offenen Immobilien-Fonds als sicheren Hort in Krisenzeiten anpreist, der verkennet die Ursache der Finanzkrise*“, heißt es dort.

► 30.10.2008 (khd/tsp/info-radio). Die vor kurzem als Teil des EU-Rettungspakets **geänderten Bilanzierungsvorschriften in der**

EU, die rückwirkend ab dem 1. Juli gelten, machen es möglich. So konnte jetzt die Deutsche Bank im 3. Quartal noch einen leichten Gewinn erzielen. Denn manche Wertpapiere können seitdem im Anlage-Vermögen statt im Umlage-Vermögen verbucht werden. Im Anlage-Vermögen müssen sie nicht mit dem aktuellen (niedrigen) Marktwert angesetzt werden. Deshalb fielen jetzt die Wertpapier-Verluste der Deutschen Bank mit 1,2 Mrd. Euro geringer aus. Nach alter Rechnung wären es rund 2,1 Mrd. Euro gewesen. Aber damit ist die endgültige Abschreibung nahezu wertloser Papiere nur aufgeschoben.

46. Tag nach dem L-Crash

► 31.10.2008 (khd/d-radio). **Als erste Bank erhielt heute die Hypo Real Estate** aus dem FMSt-Fonds des Bundes die von ihr beantragte Bürgschaft über 15 Mrd. Euro für einen Kredit der Bundesbank.

► 31.10.2008 (khd/d-radio). Im DeutschlandRadio Kultur fordert heute der frühere UN-Diplomat Stéphane Hessel eine Reform der Vereinten Nationen UN. Schon vor 20 Jahren haben Michail Gorbatschow und Jacques Delors laut über einen **UN-Sicherheitsrat für Wirtschaft und Soziales** nachgedacht. „Wir brauchen so einen Rat, so einen Sicherheitsrat für Wirtschaft und Sozialrechte. Die stehen alle, diese Rechte stehen schon in der Erklärung für Menschenrechte des Jahres 1948. (...) Da wären vielleicht 25 Länder auf dem höchsten Grad der Verantwortung zusammen und die würden sich ansehen, welches sind denn jetzt die Challenges, die Probleme, die wir schnell lösen müssen“, sagte Hessel im Interview.

► 31.10.2008 (khd/ard). Die Finanzkrise hat jetzt die **offenen Immobilien-Fonds voll erwischt**. Immer mehr Anleger haben ihr Geld abgezogen. Seit Wochenbeginn haben nun bereits 11 Immobilien-Fonds aus Liquiditätsmangel dicht gemacht: KanAm US-Grundinvest, KanAm Grundinvest, AXA Immoselect, TMW Immobilien Welfonds, SEB Immoinvest, Morgan Stanley P2 Value, UBS Euroinvest, UBS 3 Kontinente, Degi Europa, Degi International, Credit Suisse Euroreal.

Die Kunden kommen nicht mehr an ihr angelegtes Geld. Sollte es den Fondsmanagern nicht gelingen, durch Immobilien-Verkauf oder neue Hypotheken-Kredite Geld in die Fonds-Kassen zu bringen, können die Fonds durchaus bis zu 2 Jahre eingefroren bleiben. Immobilien-Fonds werden es in den kommenden Jahren sehr schwer haben, neue Kunden von der Qualität ihrer ‚Produkte‘ zu überzeugen.

► 31.10.2008 (khd/d-radio). **In den USA ist bereits die 17. Bank pleite gegangen**. Die Kunden werden ihr Geld aus dem US-Sicherungsfonds zurückerhalten.

47. Tag nach dem L-Crash

► 01.11.2008 (khd/tsp/info-radio). Die **Commerzbank braucht frisches Kapital** aus dem Rettungsfonds. Staatsbürgschaften allein reichen offensichtlich nicht mehr aus. Damit würde der Bund bei der Commerzbank einsteigen. Spätestens am Mittwoch (5.11.2008) wird die Bank beim Präsentieren ihrer Zahlen des 3. Quartals für Klarheit sorgen. Die Commerzbank braucht offensichtlich die Erhöhung des Eigenkapitals auch, um die für Anfang 2009 geplante Fusion mit der Dresdner Bank beginnen zu können.

► 01.11.2008 (khd/tsp/d-radio). Nach 7 Wochen Finanzkrise und Krisenbewältigung durch die Politik rücken jetzt **Fragen der Ethik, Moral und Verantwortung** immer mehr ins Blickfeld der öffentlichen Diskussion, zumal es Politikern, Managern und Groß-Spekulanten (Hedge-Fonds et al.) noch immer nicht gelungen ist, ihre gemachten Fehler klar und unmißverständlich zu benennen und vor allem diese einzugestehen. Damit könnte immerhin eine neue Basis für Vertrauen geschaffen werden. [24]

► 01.11.2008 (khd/dw). Rußland kam in den Krisenberichten bislang kaum vor. Die Deutsche Welle weist heute daraufhin: **Rußland ächzt unter der Krise**. Die Finanzkrise hat Rußlands wenig entwickeltes Bankensystem weltweit mit am stärksten getroffen. Rußlands Banken haben sich das Geld für Kredite in der Vergangenheit vor allem im Ausland geliehen. Jetzt ist diese Quelle versiegt. Dadurch gerieten viele Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten. Die russische Regierung hat im vergangenen Monat umgerechnet über 70 Milliarden Euro zur Stützung des Bankensystems bereitgestellt. Dennoch zeichnen die Staatsmedien weiter ein rosiges Bild der Lage.

48. Tag nach dem L-Crash

► 02.11.2008 (khd/swr). Der Internationale Währungsfonds **IWF benötigt viele Hunderte Milliarden Dollar**, um wegen der Finanzkrise notleidenden Volkswirtschaften von immer mehr (Schwellen-) Ländern zu retten. Der IWF hat sich zunächst an die reichen Ölförder-Länder im Nahen Osten gewandt, um von dort frisches Geld für die dringenden Kredithilfen zu erhalten. Der IWF verfügt derzeit nur noch über 250 Mrd. Dollar. Der

Was ist der IWF?

Der Internationale Währungsfonds

Der Internationale Währungsfonds (IWF, engl. IMF) in Washington wurde 1944 als UN-Sonderorganisation in Bretton Woods (USA) gegründet. Er überwacht weltweit die Finanzsysteme, um bei Zahlungsbilanz-Problemen von Regierungen oder drohendem Staatsbankrott einzugreifen.

Der IWF hat 185 Mitgliedsländer, deren Kapitaleinlagen (Quoten) sich nach der Stärke ihrer Volkswirtschaft und den Währungsreserven richten – und die das Mitspracherecht bestimmen. Die USA sind größter Anteilseigner mit rund 17 %, Deutschland hat etwa 6 %.

Kritik am IWF

Kritisiert wird, daß sich das Mitspracherecht nach der Höhe der Einlage richtet. Auch seien IWF-Kredite allzuoft an umstrittene Auflagen geknüpft: So fördert der IWF häufig die Sanierung der Staatsfinanzen nur dann, wenn Privatisierungen, Preiserhöhungen und Kürzungen von Subventionen vorgenommen werden.

Golfstaat Katar hat bereits Hilfen zur Bewältigung der globalen Finanzkrise zugesagt.

Was nur haben in den letzten Jahren diese Politiker (allen voran George W. Bush und Tony Blair, aber auch ein Gerhard Schröder) mit ihrem Deregulierungswahn, Finanz-Manager mit ihrer Verantwortungslosigkeit und Groß-Spekulanten mit ihrer Gier nach 25 % Rendite auf unserem Globus angerichtet und damit die Lebensgrundlagen aller Menschen massiv angegriffen.

► 02.11.2008 (khd/faz). In der *Frankfurter Allgemeinen Sonntags-Zeitung* (FAS) wird **heute erklärt, warum es den Bankern nicht gelang, die aufkommende Krise zu bekämpfen**. Dort heißt es: „Die Banker selbst hätten sich das ganze Schlamassel möglicherweise besser vorstellen können. Aber sie waren auch schlechte Kandidaten, um die Krise zu bekämpfen – nicht, weil sie Banker sind, sondern weil sie die direkt

Betroffenen waren. Und die unterliegen oft einer ‚Kontroll-Illusion‘. Vielleicht ahnten einige sogar, dass da eine Blase kurz vor dem Platzen war. Aber fast jeder hält sich selbst für besser als die Kollegen. 88 Prozent der Autofahrer halten ihre Fähigkeiten am Steuer für überdurchschnittlich – kein Wunder, dass da auch die meisten Banker glaubten, sie hätten ihre Wertpapiere besser im Griff als die Kollegen und würden ungeschoren aus der Krise kommen.“ Und falls das tatsächlich so sein sollte, wie die FAS entschuldigend meint, dann wäre allerdings nicht nur die Professionalität der Banker total in Frage gestellt.

► 02.11.2008 (khd/zeit). Beim Auftakt der Synode der Evangelischen Kirche (EKD) in Bremen **fand Bischof Huber deutliche Worte zur Finanzkrise**: „Eine soziale Marktwirtschaft, die diesen Namen verdient, braucht politisch gewährleistete Rahmenbedingungen, welche die soziale Verträglichkeit ebenso wie die ökologische Verträglichkeit wirtschaftlichen Handelns sicherstellen.“ Der EKD-Chef mahnte bei Politikern an, für Rahmenbedingungen zu sorgen, die ein „zerstörerisches Handeln aus Gewinnsucht“ wirksam verhinderten. [25]

49. Tag nach dem L-Crash

► 03.11.2008 (khd/yahoo/zdf). In der ZDF-Sendung *Berlin direkt* erklärte gestern Abend Bank-Chef Josef Ackermann, die **Deutsche Bank benötige „auf absehbare Zeit“ keine staatliche Hilfe**. Es sei aber notwendig, wenn Banken, die „wirklich schwach sind und gerettet werden müssen“, sich „so schnell wie möglich unter den Rettungsschirm“ begeben, stellte Ackermann fest.

Zugleich stellte der Deutsche-Bank-Chef Entschuldigungen für Kunden in Aussicht, falls in Einzelfällen und wider Erwarten über die Deutsche Bank Zertifikate der mittlerweile insolventen Bank Lehman Brothers verkauft worden seien. „Da würden wir sicher mit den Kunden darüber sprechen“, sagte Ackermann. Bleibt zu hoffen, daß auch die Citibank diesem Beispiel folgt. Hatte sie doch hierzulande Rentnern Lehman-Zertifikate aufgeschwatzt, die nun wertlos sind, wie die Presse berichtete.

► 03.11.2008 (khd/ag/info-radio). Angesichts der sich verstärkenden Wirtschaftskrise wird von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO, eine Organisation der UN) bis Ende 2009 ein **weltweiter Anstieg der Arbeitslosenzahl um mindestens 20 Millionen erwartet**. Wieviel davon

auf Deutschland entfallen werden, ist unklar – es könnten aber leicht 1 Million und mehr sein. Ende Oktober 2008 waren hierzulande noch immer rund 3 Millionen Menschen arbeitslos. Die Staats- und Regierungschefs der Welt dürften jetzt „nicht nur in finanziellen Dimensionen denken“, fordert die ILO.

Angesichts dieser außerordentlichen Situation mußte auch die Bundesregierung sofort ein sehr kräftiges und nachhaltig wirksames **Investitionsprogramm** auflegen, um wenigstens den Absturz der deutschen Wirtschaft und dessen Folgen deutlich zu mildern. Ein solches Rettungspaket für die Konjunktur mußte nach dem erfolgreichen schwedischen Vorbild von Anfang der 1990er-Jahre mindestens ein Volumen von etwa 10 % des BIPs haben – also etwa 200 Mrd. Euro wären nötig, um die Nachfrage anzukurbeln.

Die Große Koalition ist aber nur bereit, einige die Konjunktur unterstützende (und teilweise auch noch fragwürdige) Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Die Bundesregierung tut so, als wenn es sich derzeit nur um eine der üblichen Wachstumsdellen handeln würde – wo doch die Finanzkrise die Weltwirtschaft „angezündet“ hat. Die Feuerpatsche reicht in der beginnenden Weltwirtschaftskrise II nicht mehr aus.

► 03.11.2008 (khd/info-radio). Die **Commerzbank nimmt 8,2 Mrd. Euro Kapitalhilfe** aus dem Stabilisierungs-Fonds des Bundes zur Aufstockung ihres Eigenkapitals in Anspruch. Der Bund gibt dieses Geld als stille Einlage und hat damit Einfluß auf die Geschäftspolitik der Bank, wird aber nicht Aktionär des zweitgrößten deutschen Geldinstituts und ist auch nicht im Aufsichtsrat vertreten. Eine Konsequenz ist, daß die Commerzbank für 2008 und 2009 keine Dividende zahlt und die Vorstandsgehälter auf 500.000 Euro pro Jahr begrenzt. Außerdem erhält die Bank noch eine Bürgschaftsgarantie des Bundes für 15 Mrd. Euro.

► 03.11.2008 (khd/vzbv). Die **Verbraucherzentralen schlagen Alarm** und fordern von der Politik mehr Unterstützung für die von der Bankenkrise geschädigten Anleger. Während den Banken Hilfe angeboten worden sei, gingen die betroffenen Verbraucher leer aus, kritisierte der Vorstand der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) in Berlin. Um Falschberatungen künftig vorzubeugen, fordert der Verband die Umkehr der Beweislast und die Verlängerung der Verjährungsfrist auf 10 Jahre. Dazu brauche die Regierung nur einen 2004 zurückgezogenen Entwurf aus der Schublade zu holen, heißt es. [26]

► 03.11.2008 (khd/info-radio). Die **Landesbank vom Hamburg und Schleswig-Holstein (HSB Nordbank)** benötigt aus dem Stabilisierungs-Fonds des Bundes eine Bürgschaftsgarantie für bis zu 30 Mrd. Euro.

50. Tag nach dem L-Crash

► 04.11.2008 (khd/welt). Auch die angeschlagene **WestLB nimmt staatliche Hilfe in Anspruch**. Für die planmäßigen Fremdmittelaufnahmen der Bank für 2008 und 2009 soll aus dem Stabilisierungs-Fonds des Bundes eine Bürgschaftsgarantie beantragt werden. Über die Höhe wurde nichts bekannt. Anders als die übrigen Landesbanken verfügt die WestLB bereits seit Ende März über Garantien ihrer Eigentümer (Land Nordrhein-Westfalen und mehrere Sparkassen- und Kommunalverbände) in Milliardenhöhe für ausgelagerte Risiken.

► 04.11.2008 (khd/d-radio). **In den USA wird heute ein neuer Präsident gewählt**. Die Entscheidung fällt zwischen John McCain (72, Republikaner) und Barack Obama (47, Demokraten). Nach den letzten Umfragen liegt Obama mit rund 6 % vor McCain. Der Nachfolger von George W. Bush (Republikaner) tritt ein sehr schweres Erbe an. Denn die Bush-Regierung hat Amerika innerhalb von 8 Jahren abgewirtschaftet und in tiefgreifende Krisen geführt: Noch immer schwelender Irak- und Afghanistan-Krieg, Hypotheken-Krise, Finanzmarkt-Krise und schließlich 2008 in die Rezession mit Weltwirtschaftskrise No. II.

Auf den 44. US-Präsidenten kommt nun die Herkules-Aufgabe zu, endlich aufzuräumen und die wirtschaftliche und soziale Lage des Landes in Ordnung zu bringen. Die Welt traut das eigentlich nur Obama zu, da er noch jung und dynamisch ist – wie damals Kennedy. Hoffentlich bleibt Obama dessen Schicksal erspart.

► 04.11.2008 (khd/welt/d-radio). Bei einem heute in Brüssel stattfindenden Treffen werden die 27 EU-Finanzminister über eine **Neuordnung des Finanzsystems** beraten. Die französische Ratspräsidentschaft hat dazu neue Vorschläge zum Umbau des Weltfinanzsystems vorbereitet. Paris will erreichen, daß kein Finanzinstitut und kein Finanzmarkt (auch die Hedge-Fonds) ohne Aufsicht und Regulierung bleibt. Das Treffen der Finanzminister dient der Vorbereitung des Sondergipfels der EU-Staats- und Regierungschefs an diesem Freitag (7.11.2008) in Brüssel. Es wird dort mit wegweisenden Ergebnissen erwartet.

nissen gerechnet, die als europäische Antwort auf dem am 15. November in Washington beginnenden Weltfinanzgipfel vorgelegt werden sollen. Die EU will bei der Reform der Finanzmärkte eine Vorreiterrolle übernehmen. Man wolle „das Eisen schmieden, solange es heiß ist“, ist zu hören.

51. Tag nach dem L-Crash

► 05.11.2008 (khd/d-radio). In den USA und für die Welt beginnt am 20. Januar 2009 eine völlig neue Ära. Der Demokrat **Barack Obama** wird **44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika**. Er hat die Wahl mit dem Erreichen von 364 Wahlmännerstimmen von möglichen 538 klar gewonnen. Im Repräsentantenhaus und im Senat haben die Demokraten künftig die absolute Mehrheit. Amerika hat aus den ‚verlorenen‘ 8 Bush-Jahren gelernt und eindeutig den „Wechsel“ (change) gewählt.

Die von den konservativen Republikanern unter der Bush-II-Administration mitverschuldete Finanzkrise und deren wirtschaftliche und soziale Folgen haben am Wahlerfolg der Demokratischen Partei einen entscheidenden Anteil. Die bleierne Zeit der „Ein-Mann-Achse-des-Bösen“ (Josef Joffe im Tagesspiegel) ist endlich vorüber. Eine „basisdemokratische Bewegung der Demokraten“ habe diese für das Ansehen Amerikas positive Entwicklung möglich gemacht, kommentierte eine Amerikanerin im DeutschlandRadio. Barack Obama wird zugetraut, Amerika und die Welt mit

einem neuen „New Deal“ aus den Krisen herauszuführen.

► 05.11.2008 (khd/tsp). Auch unser Nachbarland **Polen hat mit der Finanzkrise zu kämpfen**. Die Landeswährung Zloty hat bereits fast 30 % an Wert verloren. Rund Zweidrittel der Banken in Polen befinden sich in ausländischer Hand. Deren Mutterkonzerne haben aber inzwischen reichlich Geld abgezogen, so daß diese Banken kaum noch Kredite an Unternehmen geben können. Das stelle „ein enormes Risiko“ für die polnische Volkswirtschaft dar, urteilen Wirtschaftsberater von Ernst & Young.

► 05.11.2008 (khd/info-radio). Die Bundesregierung will nun in den nächsten 2 Jahren mit ihrem Konjunkturpaket **Investitionen von bis zu 50 Mrd. Euro auslösen** und damit 1 Million Arbeitsplätze sichern, ohne daß damit der Bundeshaushalt zu stark belastet wird. Der Gesetzentwurf für das Konjunkturprogramm trägt den Namen „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“.

Zu den 15 Maßnahmen (siehe Seite 6 in [33]) dieses Gesetzes, das heute vom Bundeskabinett beschlossen wurde, gehören u. a. die umstrittene Aussetzung der Kfz-Steuer für Neuwagen. Unternehmen können Investitionen in den nächsten beiden Jahren schneller abschreiben. Die Mittel für die Gebäudesanierung werden aufgestockt und dringliche Verkehrsinvestitionen vorgezogen. Die Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld wird von 12 auf 18 Monate verlängert. Der Steuer-

Erschienene Teile des Krisen-Tagebuchs

- 0. Teil: »Der Markt hat's nicht gerichtet«.**
Die Situation nach dem Crash der US-Investmentbank Lehman Brothers vom 15. September 2008. Vom Versagen angelsächsischer Wirtschaftsspolitik.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_068.pdf (9 Seiten, 180 kByte)
- 1. Teil: »Und die Finanzkrise geht weiter«.**
Die ersten 56 Tage nach dem Lehman-Crash vom 15. September 2008.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_069.pdf (26 Seiten, 232 kByte)
- 2. Teil: »Finanzkrise wird zur Weltwirtschaftskrise«.**
Ab der 9. Woche (11.11.2008) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_070.pdf (34 Seiten, 280 kByte)
- 3. Teil: »Die größte Weltwirtschaftskrise aller Zeiten«.**
Ab der 15. Woche (25.12.2008) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_071.pdf (38 Seiten, 316 kByte)
- 4. Teil: »Es ist eine fundamentale Finanzsystemkrise«.**
Ab der 27. Woche (16.3.2009) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_075.pdf (50 Seiten, 516 kByte)

bonus auf Handwerker-Rechnungen wird erhöht.

Die Maßnahmen werden öffentliche Haushalte mit rund 23 Mrd. Euro belasten, was im wesentlichen durch neue Schulden ausgeglichen werden muß. Außerdem soll die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für die mittelständische Wirtschaft günstige Kredite bereitstellen (Volumen bis zu 15 Mrd. Euro). Ob angesichts einer drohenden Weltwirtschaftskrise II dieses kleinteilige und von Lobbyisten mitgepackte Paket ausreicht, wird von vielen bezweifelt. Ein großer Wurf ist diese Merkelsche ‚Wundertüte‘ jedenfalls nicht.

► 05.11.2008 (khd/d-radio). **An den Börsen gab es heute keinen Obama-Effekt.** Vielmehr wurden dort Gewinn-Mitnahmen verzeichnet, die die Kurse fallen ließen. In New York sank der Dow Jones sogar um gut 5 % ab. Wegen der vielen schlechten Wirtschaftsnachrichten wird ein weiteres Absinken der Aktienkurse erwartet.

► 05.11.2008 (khd/zeit). Die **Schuld an der weltweiten Finanzkrise** trifft nach Ansicht des Philosophen Jürgen Habermas nicht Spekulanten und Manager, sondern die Politik. *„Die Politik macht sich lächerlich, wenn sie moralisiert, statt sich auf das Zwangsrecht des demokratischen Gesetzgebers zu stützen. Sie und nicht der Kapitalismus ist für die Gemeinwohl-Orientierung zuständig“*, sagte Habermas der ZEIT. [27]

52. Tag nach dem L-Crash

► 06.11.2008 (khd/d-radio). Die staatliche **Kreditanstalt für Wiederaufbau** (KfW) hat in der Finanzkrise weit mehr Geld als bislang bekannt verloren. Nach einem Bericht der *Rheinischen Post* hat die KfW nicht nur bei Lehman Brothers einige 100 Mio. Euro, sondern auch bei isländischen Banken 288 Mio. Euro verloren.

► 06.11.2008 (khd/info-radio). Der gewählte US-Präsident Barack **Obama wird am Weltfinanzgipfel teilnehmen**, der ab 15. November in Washington stattfinden wird. Er wurde vom scheidenden Präsidenten George W. Bush dazu eingeladen. Auf dem Gipfel wollen die G20-Staaten eine neue Finanzordnung erarbeiten und damit die Fehlentwicklungen im Kapitalismus, die zur globalen Finanzkrise und zur Weltwirtschaftskrise führten, reparieren.

► 06.11.2008 (khd/info-radio). Die Europäische Zentralbank **EZB hat den Leitzins in der Euro-Zone auf 3,25 % gesenkt**. Bislang betrug der Leitzins in

der Euro-Zone 3,75 %, der erst am 8. Oktober eingeführt worden war (vorher galt 4,25 %). Die EZB hat also noch reichlich Spielraum nach unten. In den USA gilt hingegen derzeit ein Leitzins von 1,0 % und in Japan bereits von 0,3 %. Die Bank of England hat heute den Leitzins von 4,5 auf 3,0 % gesenkt. In der Schweiz wurde der Leitzins von 2,5 auf 2,0 % gesenkt. [28]

► 06.11.2008 (khd/sp/info-radio). Die **Weltwirtschaftskrise II steht vor der Tür**. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet für 2009 eine tiefe Weltrezession. Erstmals seit dem 2. Weltkrieg werden die Industriestaaten kein wirtschaftliches Wachstum mehr haben. [28]

► 06.11.2008 (khd/sp/info-radio). **Für Deutschland erwartet der IWF ein negatives Wirtschafts-Wachstum.** 2009 werde das BIP um 0,8 % zurückgehen. Noch Mitte Oktober hatte die Bundesregierung für 2009 mit einem leichten Wachstum von 0,3 % gerechnet. In Europa werden Großbritannien und Deutschland besonders stark von der Weltrezession betroffen sein, sagt der IWF in Washington. In Deutschland sei dafür der Hauptgrund die große Abhängigkeit der Wirtschaft vom Export. [28][31]

► 06.11.2008 (khd/sp/d-radio). Die **Wirtschaftskrise zwingt Obama zum Blitz-Machtwechsel**. Dem Wahlsieger bleibt nicht mal Zeit bis zur Amtsübergabe. Er muß schon in den nächsten Wochen (mit Hilfe der Republikaner!) das nächste Hilfspaket – ein echtes Konjunkturprogramm – auf den Weg bringen.

Seit Jahrzehnten hat kein US-Präsident eine so verheerende Wirtschaftslage geerbt wie Barack Obama. Hinzu kommt ein Rekorddefizit, das sich in der Amtszeit von George W. Bush auf mehr als 10 Billionen Dollar fast verdoppelt hat (Zum Vergleich: Deutschlands Staatsverschuldung beträgt derzeit rund 1,7 Billionen Euro). [29][31]

53. Tag nach dem L-Crash

► 07.11.2008 (khd/br). **Weitere Landesbanken werden staatliche Hilfen beantragen.** In welchem Umfang die Hessische Landesbank (HeLaBa), die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) und die NordLB Gelder aus dem Rettungsfonds beanspruchen wollen, wurde noch nicht mitgeteilt. Sie befürchten offensichtlich, sonst Kredite nur noch zu schlechteren Konditionen als die anderen Banken anbieten zu können.

► 07.11.2008 (khd/info-radio). Die **Landesbank Berlin (LBB) brauche keine staatlichen Hilfen**, erklärte heute die **Ex-BGB**. Die nunmehr den 440 deutschen Sparkassen gehörende LBB muß aber wegen der Finanzkrise ihr Gewinnziel für 2008 von 250 Mio. Euro aufgeben.

► 07.11.2008 (khd/info-radio). In Brüssel werden auf einem **Sondergipfel der 27 EU-Staats- und Regierungschefs** Vorschläge für eine neue Ordnung des Finanzsystems beraten. Man verständigt sich auf eine gemeinsame Marschroute für den Weltfinanzgipfel in Washington am 15.11.2008. Kein Segment der Finanzmärkte soll künftig unkontrolliert bleiben, ist die europäische Leitlinie für den Washingtoner Gipfel. [30]

► 07.11.2008 (khd/d-funk). Aus den USA kommen bereits **Warnungen vor überzogenen Erwartungen an den Gipfel** der G20 in Washington. Zu erwarten sei allenfalls ein „Aktionsplan“, den die Finanzminister und Weltfinanz-Organisationen erst noch mit Inhalt füllen müßten, sagte ein Sprecher des Weißen Hauses. Rufe aus Europa (vor allem aus Frankreich) nach dem Aufbau einer „Weltfinanzregierung“ seien überzogen, heißt es.

► 07.11.2008 (khd/welt/info-radio). Frankreichs Staatschef Nicolas **Sarkozy erhob schwere Vorwürfe gegen die USA**: „*Da hat man eine Entscheidung getroffen, ohne unsere Meinung zu erfragen*“, sagte der amtierende EU-Ratspräsident nach dem Treffen der 27 EU-Staats- und Regierungschefs. Sarkozy bezog sich dabei auf die von US-Finanzminister Henry Paulson verfügte Nicht-Rettung der Investmentbank Lehman Brothers. Paulson war früher Chef der konkurrierenden Investmentbank Goldman-Sachs, die merkwürdigerweise als einzige der großen US-Investmentbanken überleben durfte . . .

Die US-Behörden hatten bei Lehman Brothers erstmals den Zusammenbruch einer amerikanischen Großbank nicht wie sonst verhindert. „*Man darf nicht so tun, als sei nichts geschehen, das können wir nicht akzeptieren*“, sagte Sarkozy. „*Wir wissen, daß es sich um eine weltweite Krise handelt, und wir wissen, wo sie angefangen hat.*“ Sarkozy machte klar, daß er deshalb beim Weltfinanzgipfel kommende Woche in Washington ganz konkrete Schritte seitens der USA erwartet.

► 07.11.2008 (khd/dw). **Rußlands Präsident Medwedew befürchtet Unruhen** in seinem Land. „Wir haben einen stabilen Staat. (...) Wir wollen keine Rückkehr in die 90er-Jahre, als alles kochte und brodelte“,

sagte Dmitri Medwedew heute in St. Petersburg. Sollte es aber richtig brodeln, soll ein hartes Durchgreifen der Polizei erfolgen. Die Gesetzeshüter sollen einschreiten und Anklage erheben, falls jemand versuche, die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise auszunutzen, sagte Medwedew.

Der russische Markt schneidet derzeit unter den Schwellenländern mit am schlechtesten ab. In einigen Bereichen der Wirtschaft haben russische Unternehmen bereits damit begonnen, Stellen abzubauen. Der russische Innenminister Raschid Nurgalijew warnte daher, daß ein Anstieg der Arbeitslosigkeit auch eine höhere Kriminalitätsrate nach sich ziehen könnte.

► 07.11.2008 (khd/info-radio). Der größte deutsche Stahlkonzern **Thyssen-Krupp drosselt wegen schwacher Nachfrage die Stahlproduktion**. Auch die Konkurrenten Salzgitter und Arcelor-Mittal haben mit Produktionskürzungen auf die nachlassende Nachfrage reagiert. Bei Arcelor-Mittal in Eisenhüttenstadt kommt es bereits im Dezember zur Kurzarbeit. Bei Thyssen-Krupp wird die Produktion – wie schon in der Autobranche – über Weihnachten und die Jahreswende weitgehend stillstehen. Das sind alles sehr deutliche Zeichen für die beginnende Wirtschaftskrise.

54. Tag nach dem L-Crash

► 08.11.2008 (khd/ftd/d-radio). Die **Hedge- und Private-Equity-Fonds stecken besonders tief in der Krise**. Ihre unseriösen Geschäftsmodelle funktionieren in der globalen Finanzkrise nicht mehr. Sie leiden derzeit nicht nur unter ihren eigenen Verlusten und dem Kapital-Abzug ihrer Kunden, sondern auch unter der restriktiven Kreditvergabe der Banken. Jahrelang profitierten die Fonds davon, mit aufgenommenen Krediten ihre eigenen Einsätze zu „hebeln“, um sich zu Lasten anderer mit märchenhaften Renditen von bis zu 25 % zu bereichern.

Es werde eine große Pleitewelle bei den Hedge-Fonds geben. Bis Ende 2009 werde jeder 4. Hedge-Fonds nicht mehr am Markt sein, erwarten Branchenbeobachter. Sie könnten aber – zumindest in Europa – sogar völlig verschwinden, wenn erst die geplanten staatlichen Regulierungen greifen. Wir (alten) Europäer werden diese nicht ehrbaren Kaufleute vom Heuschrecken-Typ nicht vermissen.

► 08.11.2008 (khd/tsp). In seinem Feuilleton geht der Berliner **Tagesspiegel** heute ganzseitig der Frage nach, wie verlässlich Wirtschaftsprognosen sind.

Das Ergebnis „Verlässlich wie Kaffeesatz“ verblüfft nicht. Denn die Ökonomie, die Wissenschaft von der (Volks-)Wirtschaft, ist – trotz Computer – noch immer sehr weit von einer exakten Wissenschaft entfernt.

Das liegt natürlich daran, daß es noch nicht gelungen ist, ein wirklich geeignetes nichtlineares mathematisches Modell der Abbildung aller relevanten Abläufe des (Wirtschafts-)Lebens zu entwickeln. Und so lange solche Modelle wesentliche Einflüsse gar nicht oder nur unzureichend abbilden (Beispiele: Psychologisches Verhalten von Markt-Teilnehmern, chaotisches Agieren von Markt-Teilnehmern wie Spekulationen, Leerverkäufe etc.), werden Prognosen ungenau sein. Vielleicht sollten die Heerscharen von Wirtschaftsexperten mal bei den Klimaforschern mathematisch in die Lehre gehen . . . [Glasperlenspieler][32]

► 08.11.2008 (khd/d-radio). Die **Arbeitsagenturen seien für eine Wirtschaftskrise „gut gerüstet“**. Man werde rechtzeitig 1000 neue Berater einstellen, um künftige Kurzarbeiter und Arbeitslose betreuen zu können, ließ heute Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) vermelden.

► 08.11.2008 (khd/d-radio). Die **Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) hat vermutlich bis zu 1 Mrd. Euro verloren**. Auch die LBBW habe sich wie schon die BayernLB, Commerzbank und KfW bei den maroden isländischen Banken engagiert, meldet heute die *Süddeutsche Zeitung*.

55. Tag nach dem L-Crash

► 09.11.2008 (khd/welt). Deutsche Autobauer finanzieren einen großen Teil ihrer Neuwagenverkäufe über die eigenen Geldhäuser. Wegen der Finanzkrise ist nun das **Auto-Geschäft auf Kredit zum Problem geworden**. Deshalb überlegen inzwischen sämtliche im Verband der Automobilindustrie (VDA) vertretenen Unternehmen, darunter Audi, BMW, Daimler, Ford, Opel und Volkswagen, eine Inanspruchnahme des staatlichen Rettungspakets für ihre Autobanken.

Eine bislang günstige Finanzierungsquelle ist durch die Finanzkrise versiegt: In den vergangenen Jahren konnten Autobanken ihre Kredite als verbrieftete Pakete am Kapitalmarkt verkaufen. Diese ‚Asset Backet Securities‘ (ABS) genannten Finanzderivate sind in der Krise total in Verruf geraten und damit weitgehend unverkäuflich.

► 09.11.2008 (khd). In der Krise gibt es auch mal eine positive Nachricht: Der **Rohölpreis ist auf rund**

60 US-Dollar/Barrel gefallen (1 Barrel = 159 Liter). Noch im Juli dieses Jahres erreichte der Ölpreis mit fast 150 US-Dollar/Barrel ein Allzeithoch. Der Preisrückgang wurde durch die Panik der Finanzkrise, die weltweit nach der Pleite der US-Bank Lehman Brothers am 15. September einsetzte, beschleunigt. Die durch die Spekulanten (u. a. Hedge-Fonds) produzierte ‚Blase‘ platzte. [Ölpreis-Entwicklung]

► 09.11.2008 (khd). In der Finanzkrise fiel jetzt besonders auf, daß jede Partei aber auch so mancher Experte unter „**Sozialer Marktwirtschaft**“ etwas anderes versteht – immer so, wie es ihnen in den Kram paßt. Und dabei kann man eine gute Definition und Erklärung bei Wikipedia nachlesen. Auch wird oft erzählt (vor allem in CDU-Kreisen), daß die „Soziale Marktwirtschaft“ von Ludwig Erhard (CDU) nach dem 2. Weltkrieg erfunden worden ist. Das stimmt aber so nicht, denn es war der Wirtschaftswissenschaftler Alfred Müller-Armack, der 1947 in seinem Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ diese alternative Wirtschaftsform erstmals beschrieb.

Müller-Armack bezeichnete mit diesem Begriff eine neue Wirtschaftsordnung für das vom Krieg zerstörte Deutschland als 3. Form neben der rein liberalen Marktwirtschaft (Neoliberalismus) und der staatlichen Planwirtschaft (Sozialismus). Ludwig Erhard gestaltete dann ab 1949 erfolgreich diese sozial vom Staat gesteuerte Marktwirtschaft.

Die Begriffsverwirrung setzte in der 2. Hälfte der 1990er-Jahre ein und erreichte ab 2000 mit dem Auftreten der Organisation „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) ihren Höhepunkt. Diese Lobby-Organisation von Arbeitgeberverbänden und der Wirtschaft versucht seitdem die Politik und Öffentlichkeit (mit teilweise unlauteren Methoden) von immer weiteren Deregulierungen der Märkte zu überzeugen. Nicht nur nach Ansicht unabhängiger Politikwissenschaftler betreibt die INSM (man lese deren Publikationen) aber weniger Aufklärung über eine soziale Marktwirtschaft als vielmehr Propaganda für die rein kapitalistisch orientierte freie Marktwirtschaft (Marktradikalismus).

Und genau diese hat uns jetzt mit ihrer Ungezählgeltheit via Amerika in die Finanzkrise und die Weltwirtschaftskrise II gestürzt. Die INSM-Leute und deren Netzwerker tragen Mitschuld daran. [Der Markt hat's nicht gerichtet][06]

► 09.11.2008 (khd/info-radio). Die seit 2004 zur EU gehörenden **baltischen**

Staaten Estland, Lettland und Litauen gelten wegen ihres rasanten Wachstums als stark von der Finanzkrise bedroht. Die Regierung von Lettland mußte jetzt die Parex-Bank verstaatlichen, um das Bankensystem zu stabilisieren.

► 09.11.2008 (khd/d-radio). **In den USA sind 2 weitere Banken pleite** (Franklin Bank SSB in Houston und Security Pacific Bank in Los Angeles). Diese Zusammenbrüche werden den staatlichen Einlagensicherungsfonds mit insgesamt 1,6 bis 1,8 Milliarden Dollar belasten. Damit steigt 2008 die Zahl der Bankpleiten in den USA auf 19. Im gesamten Jahr 2007 gingen insgesamt nur 3 US-Banken bankrott.

56. Tag nach dem L-Crash

► 10.11.2008 (khd/info-radio). **China legt ein massives Konjunkturprogramm** auf. Es soll für nachhaltige Investitionen in den nächsten 4 Jahren eingesetzt werden und weist ein Volumen von umgerechnet 460 Mrd. Euro auf.

► 10.11.2008 (khd/bz/d-radio). **Die Deutsche Post AG muß bis zu 40.000 Stellen streichen**. Die meisten sollen in den USA wegfallen, wo sich die Post erfolglos als ‚Global Player‘ betätigte. Aber dieses Spiel ist nun aus, denn allein das US-Geschäft verursacht in diesem Jahr einen Verlust von 1,3 Mrd. Euro.

► 10.11.2008 (khd/sp). Im **SPIEGEL** (Heft 46/2008, Seite 64–69) geben heute 5 Wirtschafts-Nobelpreisträger Antworten auf die Frage, **wie die künftige Weltfinanzordnung aussehen sollte**. Edmund S. Phelps (75), Robert E. Lucas (71), Reinhard Selten (78), Jo-

seph E. Stiglitz (65) und Paul A. Samuelson (93) sind sich in einem einig: Sie sprechen sich alle für staatliche Eingriffe aus.

► 10.11.2008 (khd/sp). Seit Mitte September 2008 wurden **in 22 Staaten der Welt staatliche Rettungspakete in Milliardenhöhe für die Finanzmärkte** geschnürt. Das Gesamtvolumen dieser Mittel für Bankgarantien (Bürgschaften), Eigenkapitalspritzen und den Aufkauf fauler Kredite beträgt weltweit rund 3.600 Mrd. Euro. Zwar brachen bislang die Finanzmärkte nicht total zusammen, aber dennoch konnten alle Rettungsbemühungen ein Übergreifen auf die Realwirtschaft nicht mehr verhindern.

Nach 8 Wochen der Beobachtung endet hier dieser Krisen-Blog. Hatten die Menschen in der Finanzkrise noch Angst ums Geld, fürchten sie nun in der beginnenden Weltwirtschaftskrise um ihren Job – um ihre Lebensgrundlage. Eine soziale Marktwirtschaft ist das kaum noch. Was nur haben diese vermeintlichen ‚Finanzeliten‘ angerichtet, und die Politik hat nicht rechtzeitig durchgegriffen. Und es sieht derzeit auch nicht so aus, daß sich die Staats- und Regierungschefs auf eine wirklich wegweisende neue Welt-Finanzordnung verständigen werden, die die nun besonders deutlich gewordenen negativen Seiten des Kapitalismus (Marktradikalismus) nachhaltig vermeidet.

Wie es weitergeht, kann beispielsweise bei Wikipedia auf der Seite „**Finanzkrise 2007–2008**“ [00] nachgelesen werden oder inzwischen auch im **Wirtschaftskrisen-Blog** [33].

Mehr zu diesem Thema:

- [00] [2007–2008: [Finanzkrise 2007/2008](http://de.wikipedia.org/wiki/Finanzkrise_2007/2008)] (WIKIPEDIA — Die freie Enzyklopädie)
URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Finanzkrise_2007/2008
- [01] [14.05.2008: [Köhler bezeichnet Finanzmärkte 2als „Monster“](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_13.html#SP_1)] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_13.html#SP_1
- [02] [30.05.2008: [Finanzmärkte dürfen uns nicht regieren](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_13.html#TASP_1)] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_13.html#TASP_1
- [03] [16.09.2008: [Finanzkrise: Sozialismus für die Reichen](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_15.html#TASP_1)] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_15.html#TASP_1
- [04] [18.09.2008: [KfW in Dauerkrise](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_15.html#)] (YAHOO-NEWS)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_15.html#
- [05] [19.09.2008: [US-Regierung plant riesige Auffangesellschaft](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_15.html#HBI_1)] (HANDELSBLATT)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_15.html#HBI_1
- [06] [20.09.2008: [Der Markt hat's nicht gerichtet](http://www.khd-research.net/Pub/PM_068.pdf)] (khd-Page)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_068.pdf

- [07] [30.09.2008: Merkel fordert rasche US-Entscheidung] (YAHOO-NEWS)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_17.html#
- [08] [02.10.2008: Streit in Europa über Weg aus Finanzkrise] (YAHOO-NEWS)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_18.html#
- [09] [04.10.2008: Hypo Real Estate kämpft ums Überleben] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_18.html#SP_2
- [10] [07.10.2008: Bankenkrise kostet 1000 Milliarden Euro] (DIE WELT)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_18.html#WELT_1
- [11] [09.10.2008: Steinbrück fordert Acht-Punkte-Plan für den Finanzmarkt] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_19.html#SP_2
- [12] [09.10.2008: Ökonom Yunus im Interview] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_19.html#SP_3
- [13] [11.10.2008: Regierung will sich an Banken beteiligen] (BERLINER MORGENPOST)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_19.html#MOPO_1
- [14] [12.10.2008: Köhler: Markt braucht auch Moral] (FAZ)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_19.html#FAZ_1
- [15] [13.10.2008: Bundesregierung schnürt 480-Milliarden-Euro-Rettungsplan] (GOOGLE-NEWS)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_19.html#
- [16] [13.10.2008: DGB-Chef wirft Rot-Grün Mitschuld an Finanzkrise vor] (NEWS-AKTUELL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_19.html#OTS_1
- [17] [17.10.2008: Finanzmarkt-Stabilisierungsgesetz] (BUNDESGESETZBLATT)
URL: http://www.khd-research.net/Docs/FMStG-2008__bgb108s1982.pdf
- [18] [18.10.2008: Hypo Real Estate: Heuschrecken füttern] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_20.html#TASP_2
- [19] [18.10.2008: Deutsche-Bank-Chef: Keine Entschuldigung wegen Finanzkrise] (GOOGLE-NEWS)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_20.html
- [20] [23.10.2008: Greenspan: Die Finanzkrise ist ein Jahrhundert-Tsunami] (SCHWEIZER FERNSEHEN)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_20.html#SF_1
- [21] [27.10.2008: Ifo-Chef Hans-Werner Sinn im Interview] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_21.html#TASP_1
- [22] [28.10.2008: Krise erfasst immer mehr Staaten] (DIE WELT)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_21.html#WELT_1
- [23] [28.10.2008: Viele Währungen im freien Fall – Suche nach den Schuldigen] (BÖRSE-EXPRESS)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_21.html#Bexpr_1
- [24] [01.11.2008: Geld macht nicht glücklich] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_21.html#TASP_2
- [25] [02.11.2008: Kirche fordert staatliches Eingreifen gegen Geldgier] (DIE ZEIT)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_21.html#ZEIT_1
- [26] [03.11.2008: Verbraucherschützer fordern mehr Unterstützung für Bankenopfer] (YAHOO-NEWS)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_21.html#
- [27] [05.11.2008: Habermas macht Politik für Finanzkrise verantwortlich] (DIE ZEIT)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_22.html#ZEIT_1
- [28] [06.11.2008: IWF erwartet 2009 Weltrezession] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_22.html#SP_1
- [29] [06.11.2008: Wirtschaftskrise zwingt Obama zu Blitz-Machtwechsel] (SPIEGEL ONLINE)
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,588877,00.html>

- [30] [08.11.2008: Weltfinanzgipfel – So kalkuliert Europa] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_22.html#TASP_1
- [31] [08.11.2008: Ökonomie-Professor Michael Burda im Interview] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_22.html#TASP_2
- [32] [05.09.2005: Glasperlenspieler] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_04.html#BuWahl_2k
- [33] [09.11.2008: Finanzkrise wird zur Weltwirtschaftskrise] (khd-research). Ein Wirtschaftskrisen-Blog.
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_070.pdf und
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_23.html#FKW_13

Quellen-Angaben: Bei jedem Eintrag sind hinter dem Datum in (...) abgekürzt die Quellen angegeben. Im Internet gibt es dazu ein Verzeichnis der Bedeutung dieser Abkürzungen. Außerdem sind dort auch Links zu den Agenturen bzw. Medien angebracht, so daß mit deren Suchmaschinen eine bestimmte Meldung (hoffentlich) gefunden werden kann. Dieses Verzeichnis ist zu finden unter folgendem Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Abk/News_Quellen.html

Das Hauptportal des „khd-research.net“ ist im Internet erreichbar unter der Adresse: <http://www.khd-research.net/>.

Erscheinungsorte sind San José (USA) oder Toronto (Canada). Herausgeber der Publikationen ist: Dipl.-Ing. K.-H. Dittberner, Berlin. Es gilt der Disclaimer.

Der hier im PDF-Format präsentierte Haupt-Artikel wurde erstmals zur Nr. 589 der Ausgabe der »khd-Page« vom 17. September 2008 veröffentlicht. Alle im Text unterstrichenen Begriffe sind im Original (im Internet) mit Links (Verweisen) versehen, die zu weiterführenden Informationen im Weltwissensnetz führen.

Die Artikel-Archivierung startet unter folgendem Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_15.html#FKW_0 (dann immer den „weiter“ folgen).

* Dieses Krisen-Tagebuch wurde seit dem 15. September 2008 über mehrere Seiten der Dokumentationen „Politik skandalös“ verteilt im Internet publiziert. Start-URL siehe nebenan. Natürlich konnten nur die als besonders wichtig angesehenen Ereignisse notiert werden.